

Bocholter-Borkener Volksblatt

Kreisblatt des Stadtkreises Bocholt. Amtlicher Anzeiger des Landratsamtes, von Bürgermeisterämtern und Ämtern des Kreises Borken. Organ der Zentrumspartei. Rheder Volkszeitung. Geschäftsstelle: Bocholt, Nobelstr. 6. Fernsprecher 92 und 97. Verlagsort: Münster (Westf.) 2. Anhalt-Iselburger Zeitung.

Nr. 242

Freitag, den 4. September

1925

Die „Shenandoah“ im Gewittersturm verunglückt.

Das Luftschiff mitten durchgerissen.

Bisher 12 Tote und 15 Verletzte.

tu. New York, 3. Sept. (Tel.) Das gestern vormittag in Lakehurst mit 42 Mann Besatzung zu einem großen Ueberlandflug aufgestiegene Zeppelinluftschiff „Shenandoah“ ist während eines Gewittersturmes sechs Meilen von Cumberland im Staate Ohio zerstört worden. Nach den bisherigen beim Marineministerium eingelaufenen Meldungen wurden zwölf Mann der Besatzung getötet, fünfzehn verletzt. Unter den Toten befindet sich auch der Kommandant des Schiffes, Lunsdown, der zu den Pionieren des amerikanischen Flugwesens zählt. Das Luftschiff trieb eine halbe Stunde im Sturme, ohne die Fahrtrichtung aufnehmen zu können. Es wurde durch die Gewalt des Sturmes mitten durchgerissen. Der eine Teil stürzte zu Boden, während der andere weiter getrieben wurde. Die Nachricht von der Zerstörung des Luftschiffes hat die größte Bestürzung hervorgerufen. Die „Shenandoah“ ist in Amerika nach deutschen Angaben gebaut worden. Vor dem Eintreffen näherer Nachrichten läßt sich nicht beur-

teilen, auf welche Umstände im einzelnen die Zerstörung des Luftschiffes zurückzuführen ist.

Von Augenzeugen wird zu dem Unfall noch berichtet: Die „Shenandoah“ kreiste etwa drei Viertel Stunden über der Stadt Ana, als sich mit einem Male zeigte, daß die Besatzung die Gewalt über das Luftschiff verlor. Der Sturm durch einen Wind, der sich rasch zum Sturm steigerte. Die „Shenandoah“ legte sich auf die Seite und wurde vom Sturme in südlicher Linie abgetrieben. Eine Hälfte des Schiffes fiel einige Meilen nördlich von Ana zu Boden, während die andere etwa 10 Meilen nach Süden abtrieb und in der Nähe von Sharon niederging. Eine Explosion des mit Heliumgas gefüllten Luftschiffes ereignete sich anscheinend nicht.

Das Luftschiff „Shenandoah“ war 224 Meter lang, sein Durchmesser betrug 32,5 Meter im Maximum. Die „Shenandoah“ enthielt 19 Gaszellen mit einem Rauminhalt von 63 450 Kubikmeter. Ihre Kraftanlagen bestanden aus sechs 300-PS-Padard-Motoren. Die Höchstgeschwindigkeit des Schiffes betrug 96,5 Stundenkilometer. Der Chefstrahlmaschinenführer wird ebenfalls unter den Toten gemeldet.

In nächster Woche Außenministerkonferenz in Lausanne?

Die Einladung soll Deutschland anregen.

tu. Berlin, 3. Sept. (Drahtb. unseres Berliner Vertreters.) Ueber die Juristenbesprechung in London wissen Londoner Blätter trotz der Vertraulichkeit der Verhandlungen fortgesetzt Einzelheiten zu berichten. Danach sollen die Besprechungen am Mittwoch eine Annäherung der Sachverständigen in einer Reihe von Fragen gebracht haben. So sollen sich die Sachverständigen über die Form des Rheinlandpaktes näher gekommen sein. Ferner soll der belgische Sachverständige im Einverständnis mit dem englischen Sachverständigen dargelegt haben, daß keine Großmacht — gleichgültig ob Frankreich oder England — im Falle eines deutsch-polnischen Konfliktes für sich das Recht beanspruchen dürfte, die Rheinlandzone zu durchschreiten, sondern daß der Völkerbund für dieses Recht erst um Erlaubnis ersucht werden müsse. Endlich wollen Londoner Blätter wissen, daß die Juristenbesprechung bereits am Freitag oder Samstag zu einer Art Übereinkommen führen werde. Die Mitteilungen der Londoner Presse lassen sich nach Lage der Sache naturgemäß bezweifeln. Es ist selbst die Richtigkeit dieser Mitteilungen vorausgesetzt, fast unmöglich, aus dem Verlaufe der bisherigen Besprechungen irgendeinen Schluß auf ihren weiteren Verlauf und ihr Ergebnis zu ziehen. Für ein baldiges günstiges Ergebnis spricht die Londoner Meldung, daß beschlüssigt sei, bereits in der nächsten Woche die Besprechungen der Außenminister in Lausanne beginnen zu lassen. Diese optimistische Auffassung steht aber im Widerspruch zu den Meldungen von Londoner Berichterstattern einzelner Berliner Blätter, wonach in Londoner unterrichteten Kreisen vorläufig noch großes Mißtrauen und die Annahme vorherrscht, daß die Besprechungen zu einer wirklichen Verständigung nicht gelangen werden. Wir müssen uns einstweilen mit der Wiedergabe der Mitteilungen Londoner Blätter begnügen, bis ein wirklicher amtlicher Bericht über die Besprechungen in London vorliegt.

w. London, 3. Sept. (Drahtb.) Der Berichterstatter des „Daily Telegraph“ befaßt sich mit den voraussichtlichen Wirkungen des Sicherheitspaktes auf die französisch-belgische Militärkonvention und erklärt: Der Pakt wird einerseits den casus foederis erfassen, bestimmt als dies in der Konvention gesehen ist. Andererseits aber müßte der Pakt, da er zweifelhafte ist, unvermeidlich zu einer wesentlichen Abänderung, wenn nicht sogar Aufhebung der gegenwärtigen Vereinbarungen, die zwischen dem französischen und dem belgischen Generalstab getroffen sind, beitragen. Gestern Abend hat man die Hoffnung gehegt, daß volle Übereinstimmung — ein endgültiges Abkommen ist niemals geplant gewesen — bis morgen oder Samstag erreicht wird, so daß sich die Sachverständigen am Ende der Woche nach Genf begeben könnten. Der Berichterstatter erklärte schließlich, er habe erfahren, daß Briand angesichts seines Interesses am Pakt den Gedanken aufgegeben habe, in der Völkerbundversammlung eine Rede über das Genfer Protokoll zu halten. An seiner Stelle wird Paul Boncour sprechen.

w. Genf, 3. Sept. (Drahtb. Schweizerische Depeschengentur.) Nach einer französischen Information besteht man auf Seiten der Alliierten darauf, daß die Anregung zu der diplomatischen Konferenz zur Besprechung des Paktes von der deutschen Regierung ausgehen müsse.

Die Mossulfrage in Genf.

England zur Mandatsverlängerung für Irak bereit.

tu. Genf, 3. Sept. (Tel.) Der Rat des Völkerbundes beschäftigte sich heute vormittag mit der Mossulfrage. Nach einer längeren Auseinandersetzung zwischen dem türkischen Außenminister Tewfik Bey und dem britischen Kolonialminister Amery über die Zwischenfälle an der Mossulgrenze erstattete der schwedische Außenminister Anden den Bericht über die Arbeiten der Mossul-Kommission des Völkerbundes, die an Ort und Stelle die Verhältnisse monatlang geprüft hat. Hierauf ergriß Amery das Wort, um den Standpunkt der britischen Regierung darzulegen, die den Vorschlag der Kommission annehme. Die britische Regierung sei bereit, das Mandat für Irak zu verlängern, sie sei aber nicht der Ansicht, daß das Mandat schon jetzt auf 25 Jahre festgelegt werden müsse, wie dies die Kommission vorschlägt, denn es lasse sich heute noch nicht voraussagen, wie lange es dauern werde, bis der Irakstaat in sich gefestigt sei. Bis zu diesem Zeitpunkt wäre die britische Regierung bereit, das Mandat über das Irakgebiet auszuüben und damit die Vorbedingungen für die Angliederung des Mossulgebietes an das Irakgebiet zu schaffen. Mit der von der Kommission vorgeschlagenen Grenze wäre die britische Regierung andererseits nicht einverstanden. Es empfehle sich aus Gründen der Sicherheit, sie nördlicher zu halten, doch werde die britische Regierung auch in diesem Punkte sich der Entscheidung des Rates fügen.

In der Mandatsverlängerung hatte die Kommission des Rates die wesentliche Bedingung für die Angliederung des Mossulgebietes an den Irak gesehen, womit also die Frage zugunsten der englischen Auffassung entschieden werden würde.

Nach Amerys Ausführungen wurde die Sitzung aufgehoben und auf heute nachmittag 3,45 Uhr vertagt. Der türkische Außenminister Tewfik Bey wird als erster das Wort in ihr erhalten. tu. Genf, 3. Sept. (Tel.) Auf der Völkerbundstagung in Genf wurde heute nachmittag die Beratung der Mossulfrage vor dem Rat fortgesetzt. In einstündiger Rede widerlegte der türkische Außenminister die Gesichtspunkte des englischen Kolonialministers, wobei er besonders auf die Stimmung der Bevölkerung im Mossulgebiet hinwies, die sich einmütig für einen Anschluß an die Türkei ausgesprochen habe.

w. Genf, 3. Sept. (Drahtb.) Auf Vorschlag Briands vertagte sich der Rat auf Freitag, um dem englischen Kolonialminister Amery Gelegenheit zur Kritik auf die heutigen Ausführungen des türkischen Außenministers zu geben. Man rechnet damit, daß sich der türkische Außenminister ebenfalls noch einmal zum Wort melden wird, bevor der Rat, wie man vermutet, dem seitherigen Berichterstatter Anden (Schweden) mit der Einleitung weiterer Verhandlungen zwischen den beiden Delegationen beauftragt wird.

tu. Paris, 3. Sept. (Tel.) Die französische Presse sieht in der Mossulfrage große Schwierigkeiten und erregte Auseinandersetzungen in Genf voraus. Nach den vorliegenden Pressekommentaren überwiegt die Sympathie für die Türkei. Bezeichnend ist auch, daß die Blätter sehr ausführliche Versicherungen türkischer Persönlichkeiten wiedergeben. Der Sonderberichterstatter des „Matin“ hatte Gelegenheit, sich mit dem türkischen Außenminister zu unterhalten, der darauf hinwies, daß Großbritannien an der Grenze des Irakgebietes Kriegsvorbereitungen treffe. Seit einigen Tagen begingen die britischen Behörden eine Herausforderung

Neuwahlen zum Landtag?

tu. Berlin, 3. Sept. Wie die Telegraphen-Union von gut unterrichteter Seite hört, sollen die leitenden Kreise der preussischen Regierung tatsächlich beabsichtigen, den Landtag alsbald nach seinem Zusammentritt am 21. September aufzulösen und die Neuwahlen zum Landtage zusammen mit den Kreis- und Provinziallandtagswahlen am 25. Oktober stattfinden zu lassen.

Die Zuverlässigkeit dieser Meldung ist vorläufig noch zu bezweifeln, obwohl gewiss eine Auflösung des Landtages, dessen Arbeitsfähigkeit wegen der unsicheren Mehrheitsverhältnisse sehr gering ist, keineswegs außerhalb des Bereichs der Möglichkeiten liegt. Es handelt sich im Landtag bekanntlich immer bloß um wenige Stimmen, mit deren Hilfe sich die Regierung behauptet. Nur zu leicht kann es aber auch an diesen Stimmen fehlen. Daß die Sozialdemokraten jetzt nach der Steuer- und Zollgesetzgebung im Reich die Situation für Neuwahlen in Preußen als geeignet erachten, ist ebenfalls kein Geheimnis.

Nach Artikel 14 der preussischen Verfassung erfolgt die Auflösung des Landtages durch eigenen Beschluß oder durch den Beschluß eines aus dem Ministerpräsidenten und den Präsidenten des Landtages und des Staatsrates bestehenden Ausschusses oder durch Volksentscheid. Die Auflösung des Landtages durch eigenen Beschluß bedarf der Zustimmung von mehr als der Hälfte der gesetzlichen Mitgliederzahl. Nach Lage der Dinge würde diese Art der Auflösung jetzt kaum in Frage kommen, ebensowenig ein die Auflösung erzwingender Volksentscheid. Anders aber liegt es mit der dritten Möglichkeit. Das Ministerium, das den Beschluß zu fassen hätte, setzt sich aus zwei Sozialdemokraten (Ministerpräsident und Landtagspräsident) und einem Mitgliede der Zentrumspartei (Oberbürgermeister Avenauer, Präsident des Staatsrats) zusammen. Die Frage ist nun nicht in der Verfassung geklärt, ob dies Dreimännerkollegium einen einstimmigen Beschluß zu fassen hat oder ob ein Mehrheitsbeschluß für die Auflösung des Landtages genügt. Die Frage würde vom Staatsgerichtshof noch zu entscheiden sein. Es spricht aber, da die Einstimmigkeit des Beschlusses nicht in dem erwähnten Verfassungsartikel gefordert wird, viel dafür, daß der Mehrheitsbeschluß genügt. Trifft das zu, dann ist damit zu rechnen, daß der sozialdemokratische Ministerpräsident Braun, in Übereinstimmung mit den Wünschen seiner Partei, denen sich der sozialdemokratische Landtagspräsident ebenfalls widersetzen dürfte, die Auflösung des Parlamentes herbeiführen wird, wenn die Regierung irgendwie in der Minderheit bleiben würde.

Nun ist aber hinsichtlich der Regierungskoalition in Preußen noch nicht das letzte Wort gesprochen; aber selbst wenn es nicht zu einer Verstärkung der jetzigen aus Sozialdemokraten, Zentrum und Demokraten bestehenden Koalition durch Hinzutritt der Deutschen Volkspartei kommen sollte, ist es noch keineswegs gewiss, ob diese der Sozialdemokratie den Gefallen tun wird, die von ihr erwünschte Kraftprobe möglich zu machen. Immerhin hat der preussische Ministerpräsident ein Druckmittel gegen die Opposition in der Hand, von dem er, unbekümmert um die Meinung der beiden anderen Regierungsparteien, des Zentrums und der Demokraten, bei einer parlamentarischen Niederlage Gebrauch machen kann, da er der Unterstützung des sozialdemokratischen Landtagspräsidenten für einen Auflösungsbeschluß gewiss sein darf.

Msr.

nach der anderen. Reguläre Soldaten der Infanterie hätten die Grenze überschritten und mit der Bevölkerung Gekochte gehabt. Besonders auffallen müßten die Wandern der britischen Flotte und die seit acht Tagen kreuzenden großen Geschwader in türkischen Hoheitsgewässern, die entgegen den Bestimmungen des Lausanner Vertrages Schießübungen veranstalteten. Britische Flugzeuge überflogen türkisches Gebiet.

Um die Räumung des Duisburger Hafens.

Räumung Cleves am 1. Oktober.

w. Berlin, 3. Sept. (Tel.) Auf die deutscherseits in Paris vorgebrachte Beschwerde wegen der Belassung des Kontrollpostens der Interalliierten Feld-Schiffahrtskommission in Duisburg hat die französische Regierung gestern geantwortet und vorgeschlagen, bezüglich des Hafens von Duisburg eine ähnliche Vereinbarung zu treffen, wie sie seinerzeit wegen der Häfen von Karlsruhe und Mannheim abgeschlossen wurde. Auch dort waren zunächst bekanntlich trotz der Räumung im vorigen Jahr Kontrollposten zurückgelassen worden. Die Interalliierte Rheinlandkommission hat gleichzeitig gebeten, mit deutschen Bevollmächtigten wegen Abschluß eines solchen Abkommens unverzüglich bald zusammenzukommen. Die Verhandlungen beginnen voraussichtlich in Koblenz bereits nächste Woche.

tu. Brüssel, 3. Sept. (Tel.) Hier wird bestätigt, daß die Meldung von einer Räumung Cleves verfrüht ist. Das vierte Infanterieregiment ist nur zur Teilnahme an Manövern nach Belgien

gen abgerollt, wird zum größten Teil aber vor der endgültigen Räumung, die am 1. Oktober erfolgt, wieder nach Ostpreußen zurückgeführt.

Auf Moskaus Kommando.

Die Moskauer Exekutive der kommunistischen Internationale befiehlt, die R. P. D. gehorcht.

Ein acht lange Spalten der „Roten Fahne“ füllender Brief der Moskauer Exekutive der kommunistischen Internationale (Komintern) hat der deutschen kommunistischen Partei eine schnelle Umstellung vorgeschrieben. In Moskau ist man der Führung der deutschen Kommunisten durch Ruth Fischer und Maslow sehr unzufrieden. Man wirft diesen vor: eine Hallofartigkeit, die mit einer Diplomatie schimmert, die im Verhältnis zur Komintern verbunden ist. Unter schärfster Mißbilligung der Komintern verbietet die bisherige kommunistische Parteileitung in Deutschland verlangt deshalb Moskau, daß die Partei viel mehr Einfluß in Fabriken, in Betrieben und Gewerkschaften zu gewinnen sucht. Der Brief legt zum Schluß dar, daß die Partei „sofort“ umgestellt werden muß. Das Zentralkomitee der deutschen Kommunistenpartei beugt sich dem Auftrage und erklärt in einem Aufruf: „Die Partei muß brechen, endgültig brechen mit einem System, das uns von den großen Massen des Proletariats getrennt und bis zu einem gewissen Grade isoliert hat. Wir sprechen offen aus, daß wir in dieser Beziehung unseren politischen Kurs ändern.“

Dem Befehl Moskaus hat die R. P. D. gehorcht. In Berlin hat am Dienstag eine Konferenz der Bezirkssekretäre und politischen Redakteure der R. P. D. stattgefunden, die sich mit der Lage in der Partei beschäftigte, mit der Abjagung Ruth Fischers durch Moskau und dem „neuen Kurs“. Thälmann, der Nachfolger der Fischer, hielt ein Referat. Eine Abstimmung über die Entscheidung der Komintern ergab 44 Stimmen für und 6 Stimmen gegen den Ruffel der Exekutive. Mit 42 gegen 7 Stimmen bei 2 Stimmenthalten wurde eine Entschließung angenommen, die sich „vorbehaltlos auf den Boden der Beschlüsse der Komintern in der deutschen Frage stellt“, den Bericht der Exekutive billigt und die von der russischen Zentrale angeordneten Maßnahmen akzeptiert in „der Erkenntnis, daß deren Gesamtheit nicht nur organisatorische Umstellungen, sondern eine politische Kursänderung bedeutet“. Mit dieser Entschließung hat sich die kommunistische Partei dem Diktat der Moskauer Sowjets bedingungslos unterworfen. Der „Vorwärts“ beschäftigt sich am Mittwoch sehr eingehend mit dieser neuen Wendung in der kommunistischen Parteipolitik. Er rechnet sehr gründlich mit den Kommunisten ab und führt aus, daß die Kommunisten erneut einen bösartigen Versuch unternehmen würden, mit List und Heuchelei Verwirrung in ihre Reihen zu tragen. Den Kommunisten hält der „Vorwärts“ vor, die neuen Töne, die ihnen von Moskau befohlen wurden, seien in Wahrheit alte Töne, und kein sozialistischer Arbeiter würde sich von ihnen täuschen lassen.

Der Reichsschulgesetzentwurf.

Dr. Berlin, 3. Sept. (Drathb. unseres Berliner Vertreters.) Der Reichsschulgesetzentwurf, der auch von uns wiedergegeben worden ist, soll nach einer offiziellen Meldung ein noch nicht abgeschlossener Entwurf der Reichsregierung sein. Demgegenüber will jedoch das „Berl. Tagebl.“ von unrichtiger Seite erfahren haben, daß der Entwurf tatsächlich nicht nur dem Reichskabinett, sondern auch bereits sämtlichen Landesregierungen zugegangen sei. Auch soll bereits vereinbart sein, daß die Vertreter der Länder am 15. September in Leipzig zur Beratung über den Entwurf zusammenkommen. Die Richtigkeit der Behauptung des „Berl. Tagebl.“ vorausgesetzt, scheint es sich in der Tat doch um einen offiziellen Entwurf der Reichsregierung zu handeln, und es würde in diesem Falle schließlich gleichgültig sein, ob der Entwurf „abgeschlossen“ oder „nicht abgeschlossen“ ist.

Erhöhung der Hauszinssteuer in Preußen?

Auf Grund des Finanzausgleichsgesetzes vom 10. August 1925 Artikel 4 § 11 soll in Preußen die Hauszinssteuer neu geordnet werden. Wie die Konjunktur-Korrespondenz hört, ist seitens des Preussischen Finanzministeriums, das die Angelegenheit im Einvernehmen mit dem Handelsministerium bearbeitet, eine Erhöhung der Hauszinssteuer durch Neuordnung geplant. Da die alte Regelung am 31. März abläuft, soll die Neuordnung anschließend vom 1. April a. h. stattfinden. Die Vorarbeiten in den Ministerien sind bereits so weit gefördert, daß in der wesentlichen Beratungen im September eingetreten werden soll und auch im Laufe dieses Monats die endgültige Fassung festgelegt wird. Die Hauszinssteuer soll einen bestimmten Anteil der Friedensmiete ausmachen. Dieser Anteil soll etwa um die Hälfte höher sein.

Die Friedensmiete am 1. April 1926.

Dr. Berlin, 3. Sept. (Drathb. unseres Berliner Vertreters.) Die Friedensmiete soll nach einem Berliner Spätabendblatt in voller Höhe spätestens am 1. April 1926 festgesetzt werden. Bis dahin sollen die jetzt geltenden Mietsätze allmählich gestiegen werden. Soweit wir unterrichtet sind, bestehen allerdings bei den zuständigen Stellen im Reich und in Preußen Pläne, die auf eine Wiederaufhebung der Friedensmiete vom nächsten 1. April ab hingen. In diesem Falle über diesen Plan eine endgültige Entscheidung noch nicht getroffen worden sein.

Aufhebung der Beherbergungssteuer.

Dr. Berlin, 3. Sept. (Tel.) Aus einem gemeinsamen Rundschreiben des preussischen Ministers des Innern und des Finanzministers teilt der Mittlere Preussische Pressedienst folgendes mit: Durch Artikel IV Paragraph 1 Nr. 16 des Reichsgesetzes zur Änderung der Verkehrssteuer und des Verfahrens hat Paragraph 44 des Reichsumsatzsteuergesetzes folgenden Zusatz erhalten: Länder und Gemeinden (Gemeindeverbände) dürfen keine Steuern mehr vom Entgelt für die Gewährung eingerichteter Schlaf- und Wohnräume in Gasthöfen, Pensionen oder Privathäusern erheben. Diese Vorschrift tritt nach Artikel VII Paragraph 3 Absatz 1 des Gesetzes am 1. Oktober d. J. in Kraft. Infolgedessen treten die in Gemeinden oder Kreisen bestehenden kommunalen Beherbergungssteuerverordnungen vom 1. Oktober 1925 an ohne weiteres außer Kraft.

Polens schlechter Wille in der Optantenfrage.

Dr. Berlin, 3. Sept. (Tel.) Die Reichsregierung hat entsprechend ihrer bisherigen Haltung in der Optantenfrage und den Wünschen des Reichstages durch ihren Gesandten in Warschau noch einmal den Versuch gemacht, auf der Basis des gegenseitigen Verständnisses erneute Ausweisungen von Optanten zu vermeiden. Da die Zahl der in beiden Ländern noch verbliebenen Optanten ungefähr gleich ist, hätte es unschwer zu einem Verzicht auf diese wirtschaftlich widerwärtige und menschlich sehr bedauerliche Wüsterwanderung kommen können. Wie wenig guten Willens die polnische Regierung

Wirtschaft und Sozialpolitik.

Ein neues Schlichtungsverfahren im Eisenbahnenkonflikt.

tu. Berlin, 3. Sept. (Tel.) Die Tariforganisationen der Eisenbahner nahmen heute erneut zu den Lohnkonflikten mit der Reichsbahnverwaltung Stellung und beschlossen, sich erneut an den Reichsarbeitsminister mit dem Ersuchen zu wenden, ein neues Schlichtungsverfahren einzuleiten. Wie wir hören, läßt die Reichs-Tarif-Organisationen darauf hinaus, Ausstände mit allen Mitteln zu verhüten und die Lohnstreitigkeit endgültig auf dem Verhandlungswege zu beseitigen.

Die zukünftige Personalpolitik der Reichsbahngeellschaft.

Von der Gewerkschaft deutscher Eisenbahner wird uns geschrieben:

Die Deutsche Reichsbahngeellschaft wendet sich durch die Telegraphenunion gegen ein von der Gewerkschaft deutscher Eisenbahner im Bezirk Köln verbreitetes Flugblatt in welchem gesagt sein soll, alle Beamten der Gruppen 1 bis 6 sollten in das Arbeitsverhältnis überführt werden. Die öffentliche Erklärung der Reichsbahngeellschaft, wonach eine solche Maßnahme nicht beabsichtigt sei, nehmen wir zur Kenntnis. Wenn die Reichsbahngeellschaft aber weiter behauptet, durch das erwähnte Flugblatt würde Unruhe in das Personal getragen, müssen wir darauf erwidern, daß die vorhandene Unruhe durch die Maßnahmen der Verwaltung selbst entstanden ist. Trotz feierlicher Zusicherung (u. a. gegenüber dem Reichstag), der § 24 des Reichsbahngesetzes solle nicht zu Massenentlassungen von Beamten Anwendung finden, sind solche vorgenommen worden und erfolgen noch. In zahlreichen Bezirken sind feststehende außerplanmäßige Beamten gekündigt worden; in anderen Bezirken hat man bis zu 40 Prozent aller vorhandenen Fahrbeamten gekündigt und im Bezirk Köln hatte man von insgesamt 350 vorhandenen planmäßigen Rangierern zum 31. August nicht weniger als 300 gekündigt, um sie ab 1. September auf ihrem bisherigen Dienstposten als Arbeiter weiterzubeschäftigen. Erst kürzlich wurde es der Gewerkschaft gelungen, diese letzteren Kündigungen rückgängig zu machen. Durch solche Maßnahmen der Verwaltung, insbesondere durch Bruch eines der Personalverträge und dem Reichstag gegebenen feierlichen Versprechens entsteht ganz natürlich eine Unruhe unter den Beamten eine starke Unruhe und der Gedanke, die Gesellschaft wird es mit dem Abbau von 250 000 Beamten und Arbeitern noch nicht bewenden lassen, sondern wird die unteren Beamten alle in das Arbeitsverhältnis zurückführen. Diese Unruhe ist — wie die ganze Beamtenenschaft bezeugen kann — nicht künstlich seitens unserer oder einer anderen Gewerkschaft entfacht; ihr Urheber ist niemand anders als die Reichsbahngeellschaft selbst.

Eine Geheimaussperrung der Metallindustrie Nordwest unter dem Deckmantel der schlechten Wirtschaftslage.

Unter dieser Überschrift geht uns vom Christlichen Metallarbeiterverband eine längere Zuschrift zu, aus der im folgenden das Wesentliche wiedergegeben sei:

Die Lage der Arbeiterchaft ist furchtbar schlecht. Deshalb fassen einige Schlichtungsstellen Schiedsprüche, die kleine Lohn-erhöhungen vorsehen. Auch für die Nordwestgruppe der Metallindustrie wurde ein solcher Schiedspruch gefällt, der für den Facharbeiter einen Stundenlohn von 0,70 M. festlegte. Obwohl auch dieser Lohn gegenüber den gegenwärtigen Lebensverhältnissen sehr gering ist und weit unter dem Realwert des Friedensstandes von 1914 steht, nahmen ihn die Gewerkschaften an, während die Unternehmer ihn ablehnten. Auf Antrag der Gewerkschaften wurde dieser Schiedspruch vom Reichsarbeitsminister für rechtsverbindlich erklärt. Auf der ganzen Linie der Metallindustrie der Metallindustrie und auch im Bergbau wurden nun Betriebsanlagen ganz oder teilweise stillgelegt bezw. Arbeiterentlassungen vorgenommen. Der Arbeiterchaft kam dies sehr merkwürdig vor, weil bis zur Fällung des Schiedspruches gewaltige Produktionssteigerungen verlangt und auch erreicht wurden, ebenfalls auf Überstunden und Überstundenverfahren werden mußten, ja sogar produktive Sonn- und Feiertagsarbeiten mit Genehmigung der Regierung. Auch heute werden auf den Werken noch Überstunden und Sonntagsarbeiten in reichlichem Maße verfahren, trotzdem aber die Ent-

zeigt, zu einer solchen Verständigung zu gelangen, geht unverkennbar aus der Tatsache hervor, daß der deutsche Gesandte in Warschau bis zum heutigen Tage auf seine Vorschläge vom 21. August ohne Antwort geblieben ist und der polnische Minister für auswärtige Angelegenheiten, Strzykowski, gestern nach Paris und Genf abgereist ist, ohne verabschiedungsweise auf die deutsche Demarche zurückgekommen zu sein.

Wiederbeginn der deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen.

tu. Paris, 3. Sept. (Drathb.) Staatssekretär Dr. Tren-delenburg, der Führer der deutschen Wirtschaftsdelegation, wird am 15. Dezember in Paris eintreffen, um die demnächst wieder beginnenden deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen vorzubereiten. Die deutsche Delegation wird dann ebenfalls nach Paris kommen.

Neuer Oberbefehlshaber in Syrien.

tu. Berlin, 3. Sept. (Tel.) Die „Voss. Ztg.“ meldet aus Paris: Durch ministerielle Verfügung ist der Brigadegeneral J. D. Camelin, neben dem General Sarrail zum „Oberkommandierenden der französischen Truppen in der Levante“ ernannt worden. Diese Ernennung wird von amtlicher Stelle erklärt, daß die neuen Ereignisse in Syrien diesen Wechsel im Oberbefehl nötig gemacht hätten. Gleichzeitig beabsichtigt die französische Regierung, bedeutende Verstärkungen nach Syrien zu entsenden, um den Entsatz von Saida vorzunehmen.

General Camelin, der zum Kommandanten der Streitkräfte in Syrien ernannt wurde, war zuletzt Leiter einer französischen Militärmission in Brasilien. Die Oppositionspresse sieht in der Ernennung des Generals den ersten Schritt zur Abschwächung der militärischen Operationen an General Camelin abgegeben wurde.

Retain Oberkommandierender in Marokko.

tu. Paris, 3. Sept. (Tel.) Der heute zusammengetretene Ministerrat hat die Ernennung des Marschalls Retain zum alleinigen Oberkommandierenden der marokkanischen Streitkräfte gutgeheißen. Was Marschall Lyauthey anbelangt, so behält er den Posten des Generalpräsidenten, wobei ihm jedoch kein Kontrollrecht über die militärischen Operationen mehr zusteht. Nach einem Beschlusse des Ministerrates wird Marschall Lyauthey am 12. September nach Marokko reisen, um im Oktober der Regierung die Lage auf dem Kriegsschauplatz auseinanderzusetzen.

Beginn der spanisch-französischen Offensive.

tu. Paris, 3. Sept. (Tel.) Die franko-spanische Offensive hat begonnen. Die Befestigung der Nord- und Ostküste von Al-Bucemas ist seit 48 Stunden im Gange. Außerdem wird mit der Landung von Truppen begonnen.

lassungen vorgenommen. Alle Welt sah in den Betriebsstilllegungen und Entlassungen den Ausdruck der großen Notlage der Industrie. Die Gewerkschaften aber versuchten an Hand ihres statistischen Materials der Öffentlichkeit und den Behörden den Nachweis zu erbringen, daß die Lage der Industrie so schlecht nicht sein könne und man eher eine Kampfmaßnahme gegen die Arbeiterchaft darin zu erblicken habe. Diese Ansicht der Gewerkschaften wird nun bestätigt durch ein Rundschreiben des Arbeitgeberverbandes Nordwest vom 21. Juli 1925, das in der Düsseldorf-Presse und einer Anzahl anderer Tageszeitungen des Ruhrgebietes veröffentlicht wurde. In diesem Rundschreiben werden auf Beschluß des Vorstandes und des Ausschusses der Nordwest-Gruppe, in dem namhafte Führer der Industrie vertreten sind, die Mitgliedswerke zu folgendem verpflichtet: Für den Fall, daß der Schiedspruch vom 25. 6. 25 über die Arbeitslöhne für verbindlich erklärt wird, wird den Mitgliedswerken unter Vertragsstrafe auferlegt, gemäß den Beschlüssen einer vom Vorstand einzuleitenden Kommission eine der Erhöhung der Tariflöhne entsprechende Herabsetzung der Belegschaftsziffer vorzunehmen. Dies Rundschreiben des Arbeitgeberverbandes ist nichts weiter als eine Kampfmaßnahme gegen die Arbeiterchaft, eine glatte Aussperrung. Erst werden die Mitgliedswerke verpflichtet, bei Strafe ihre Betriebe stillzulegen oder mindestens Leute zu entlassen, und dann spricht man vor der Öffentlichkeit über die Notlage der Industrie. Wo bleibt bei einer solchen Einstellung der Glaube an Verträge auf Treu und Glauben? Wo bleibt da die Achtung vor den Gesetzen? Oder sind rechtsverbindliche Schiedsprüche nur für die Arbeiterchaft bindend? Daß nach diesem Rundschreiben gehandelt wird, beweist folgendes Rundschreiben:

„Die schlechte Wirtschaftslage zwingt uns zu Betriebsseinschränkungen. Eine Weiterbeschäftigung dadurch überzählig gewordener Arbeiter ist uns nicht mehr möglich, weil durch den Schiedspruch vom 25. Juni 1925, den der Reichsarbeitsminister für verbindlich erklärt hat, uns eine erhebliche Steigerung der Lohnausgaben auferlegt worden ist. Wir kündigen Ihnen hiermit zum 8. August 1925.“

Dortmund, den 25. Juli 1925. Unterschrift. Die Arbeiterchaft wird auf Grund des Gesetzes ihr Recht fordern. Die Gewerkschaften müssen verlangen, daß die Regierung sofort mit Entschiedenheit eingreift und die Gewerbeaufsichtsbeamten, die feilschinnig, ohne gründliche Nachprüfung den Werken die Genehmigung zu solchen Betriebsstilllegungen und Entlassungen gegeben haben, sofort aus dem Dienste entlassen werden.

Preisabbaumaßnahmen.

Dr. Berlin, 3. Sept. (Drathb. unseres Berliner Vertreters.) Das preussische Innenministerium beschäftigt, gerichtliche und andere geeignete Maßnahmen gegen solche Fleischer und Viehhändler in die Wege zu leiten, die sich einem berechtigten Preisabbau widersetzen. Dahin zielende Erklärungen hat der Vertreter des Innenministeriums bei den jüngsten Besprechungen mit den Großhändlern abgegeben, als von diesen mitgeteilt wurde, die Fleischpreise würden binnen kurzem noch weiter anziehen.

Einfuhrsteine ab 1. Oktober.

tu. Berlin, 3. Sept. (Tel.) Der Reichsrat hat heute der Regierungsvorlage über die Wiedereinführung der Einfuhrsteine zugestimmt.

Was wird aus Aga?

tu. Berlin, 3. Sept. (Tel.) Die Morgenblätter melden: Am 2. September haben an neutraler Stelle zwischen der Geschäftsauflage der Aga und den Bankern Verhandlungen über die zur Verfügungstellung der für die Weiterführung des Betriebes notwendigen Mittel begonnen. Es sind zwar sowohl für die laufende Woche die Löhne sichergestellt und man rechnet ferner mit Sicherheit damit, daß für die kommende Woche die notwendigen Lohngebühren beschafft werden können. Immerhin bleibt nach wie vor die finanzielle Sanierung das Hauptproblem. Von amerikanischen Kapitalisten scheint man nicht viel erwarten zu können.

Die letzten Meldungen.

Neue Rentenmarktscheine über 10 Mark.

Dr. Berlin, 3. Sept. (Tel.) Die Verwaltung der Deutschen Rentenbank gibt bekannt, daß ab Anfang September neue Rentenmarktscheine über 10 Mark mit dem Ausstellungsdatum vom 10. Juli 1925 ausgegeben werden. Die neuen Scheine treten an die Stelle der bisher ausgegebenen Rentenmarktscheine über 10 Mark vom 1. November 1923. Die noch umlaufenden Scheine der alten Art behalten aber bis auf weiteres ihre volle Gültigkeit.

Riesenschatz eines polnischen Wärendisponenten.

tu. Bemberg, 3. Sept. (Tel.) Der Wärendisponent der hiesigen Filiale der Krakauer Kreditbank, Kolnik, ist, nachdem er mehrere Bankklienten um 900 000 Dollar betrogen hatte, geflüchtet. Kolnik hat gemeinsam mit dem Direktor der Krakauer Gerbereien, Ryskner, und einem Börsenmakler während des letzten Kursturzes des Lots das Chaos auf dem Geldmarkt dazu benutzt, Auszahlungen sowie bedingungslos Scheds auf New York gegen bar zu verkaufen. Direktor Ryskner sowie der Börsenmakler, namens Kurzer, wurden verhaftet. Gegen Kolnik, der wahrscheinlich nach Wien geflüchtet ist, wurde ein Haftbefehl erlassen.

Schwere Explosion in einer rumänischen Pulverfabrik.

tu. Belgrad, 3. Sept. (Tel.) Die Blätter melden aus Bukarest, daß in einer Pulverfabrik in Dudest sich eine furchtbare Explosion ereignet hat. Durch die Explosion seien alle Telegraphen- und Telefonleitungen zerstört worden, so daß man über Einzelheiten noch keine Nachricht habe. Die Explosion erfolgte im Versuchslaboratorium. Es soll viele Tote und Verletzte gegeben haben.

Geldnotennotierungen.

h. Chicago, 3. Sept. (Funkpr.) Schlussnotierungen: Weizen: Sept. 154 1/4, Dez. 154 1/4, Mai 155 1/4, Heftig; Mais: Sept. 99 1/2, Dez. 87 1/2, Mai 91, Heftig; Hafer: Sept. 90 1/2, Dez. 42 1/2, Mai 46 1/2, Heftig; Roggen: Sept. '92, Dez. 96 1/2, Mai 102 1/2, Heftig.

Baumwollnotierungen.

h. Bremen, 3. Sept. (Gig. Drathb.) Schlussnotierungen. Sept. 23.60—97, Okt. 23.55—90, Dez. 23.76—90, Jan. 23.70—85, März 23.83—88, Mai 23.98—94, Juli 23.96—24.08. h. Liverpool, 3. Sept. (Funkpr.) Umsatz 5000, Import 600, für den Export 1000. Schlussnotierungen: loco 12.26, Sept. 11.88, Okt. 11.80, Nov. 11.73, Dez. 11.77, Jan. 11.77, Febr. 11.78, März 11.84, April 11.84, Mai 11.90, Juni 11.87, Juli 11.88, Aug. 11.82.

h. Newyork, 3. Sept. (Funkpr.) Gut behauptet. Schlussnotierungen: loco 22.80, Sept. 22.34—34, Okt. 22.54—57, Dez. 22.82—84, Jan. 22.30—33, März 22.59—62, April 22.74—74, Mai 22.94—94, Juli 22.72—72. Zufuhr: Atlantik: 25 000, Ind. 26 000, Golf 12 000.

m. Jubil.

Kreuzer. Die ersten Male von Männern Messing, Joh. als Führer in Jahre hindurch zur Vorbereitung der ersten Linie in Wallfahrern erbaut haben, abend im Hof zessionsführer Begrüßung Herr Kaplan den Jubilaren beit. Als Zeichen jedem ein Stein aus der Stein-Schlichtung gerührt für die dargelegten Herrn Apwiesbaren Blumenren vergönnt mutter zum 2.

3. Kreis-A. Ortsgruppe B. fangener, die auf dem Mar. Kriegerverband am 2.30 Uhr Martialis. In zum „Großen“ findet.

s. Aus der Termine vor der zur Verhandlung meisters hatte wie geringe alsdann in ein Geldbetrag von nen in der gest. Befreite Angekl. den Diebstahl in die Schule. das Dienstmädchen des großen Ver. fängnisstrafe v. Unbestraftheit der Führung a. sie einen Schad. h. h. n. d. e. b. abends noch geg. und dessen Bra. auf das weiter. Da vor 3 Wochen Hühnerstall gest. sehen wurde, so. nicht hin, legte vom Hühnerstall ferner Gefährlich eine Scheibe fest. men hatte, die Bauer liegende Stiche und ent. den Hühnerstall. Sie konnten un. wurden genau toffel gefunden, nens wurden d. geführten Ange. überführt. E. stahls im Rückf. wegen Rückf. 3 Jahren Ehrver. strafe von 6 W. davon. — Eine zwischen Nachb. tagt. — Zwei K. ten. Sie sollen die Beiträge zu Markten gelebt stellt. Der ohn. in eine Ordn. gen Verhandlung. Ein heftiger W. der Dunkelheit r. ten, der ihn an. ihn fest. Hieran. er sich mit Gew. Beamten' schlug. genommen ver. und drang dera. entwich. Wegen vorläufiger Gef. eine Geldstrafe darauf hin, daß. seien. Wegen d. einer Gefängnis.

a. Rentenzins. die als 20-prozent für als Abfindung schlag erhielten, 28. 7. 1925 auf. halten, sofern ihr. beitgebers nach. kommen in der. Personen, die n. den, erhalten die. teilt das Fürsor.

po. Hühner. 1 Uhr wurde a. gebäudes an der. po. Festger. 5 Personen weg. so sinnlos betru. Polizeigefängnis.

Aus der Heimat.

Bocholt, den 4. September 1925.

m. Jubiläum von Führern der Bocholter Fahrprozeßion nach Kevelaer. Die Bocholter Fahrprozeßion nach Kevelaer fand zum ersten Male im Jahre 1895 statt. Sie ist vor dreißig Jahren von Männern in die Wege geleitet, von denen die Herren Georg Messing, Joh. Tiefert und Wilh. Robert bis auf den heutigen Tag als Führer dem Vorstand der Prozeßion angehören. Dreißig Jahre hindurch haben diese Herren in uneigennützigster Weise alle zur Vorbereitung der Wallfahrt notwendigen Arbeiten geleistet, und die Prozeßion in umsichtiger Weise geführt. Ihnen ist es in erster Linie zu verdanken, wenn sich heute die Prozeßion der Wallfahrer in einer Aufmachung vollzieht, an der sich schon viele erbaut haben. Zu Ehren dieser drei Herren fand am Dienstagabend im Hotel „Goldener Apfel“ in Kevelaer im Kreise der Prozeßionsführer eine kleine, sinnige Feier statt. Nach einer kurzen Begrüßung durch den Führer Herrn Theod. Wegener sprach Herr Kaplan Behnkötter im Namen der Wallfahrer der 30 Jahre den Jubilaren den herzlichsten Dank aus für alle Mühe und Arbeit. Als Zeichen der Anerkennung für ihre Verdienste wurde jedem ein Silbersträußchen angeheftet und ein Buch — Das Ave der Heimat — mit entsprechender Widmung überreicht. Schließlich gerührt, dankte Herr Messing im Namen der Jubilare für die dargebotene Überraschung. Von Seiten des Hotelwirts Herrn Lipwies war der Tisch festlich geschmückt und mit einem kostbaren Blumenstrauße versehen worden. — Möge es den drei Herren vergönnt sein, noch recht viele Jahre im Dienste der Gottesmutter zum Besten der Bocholter Fahrprozeßion zu wirken.

3. Kreis-Kriegerverband Bocholt. An der Fahnenweihe der Ortsgruppe Bocholt der Reichsvereinigung ehemaliger Kriegesgefangener, die am kommenden Sonntag um 3 Uhr nachmittags auf dem Marktplatz stattfindet, nehmen sämtliche dem Kreis-Kriegerverband Bocholt angeschlossenen Vereine teil. Sie treten um 2.30 Uhr am Bürgertrug an und marschieren von dort zum Marktplatz. Im Anschluß an den Festakt ist Zug durch die Stadt zum „Großen Kurfürsten“, wo bis 7 Uhr abends Konzert stattfindet.

s. Aus dem Gerichtssaal. Im gestrigen Hauptverhandlungstermine vor dem Preuß. Amtsrichter kamen folgende Strafsachen zur Verhandlung. Das Dienstmädchen eines hiesigen Bäckermeisters hatte ihrem Dienstherrn in der ersten Zeit Kleinigkeiten, wie geringe Geldbeträge u. Schokolade, aus dem Laden gestohlen, alsdann in einem unbewachten Augenblick vom Schreibtisch einen Geldbetrag von 300 Mark verschwinden lassen. Die vom Erscheinen in der gestrigen Hauptverhandlung wegen weiler Entfernung befreite Angeklagte gibt nur die kleinen Diebstähle zu, schied aber den Diebstahl der 300 Mark einer Verwandten ihres Dienstherrn in die Schuhe. Die Zeugenaussage wies einwandfrei nach, daß das Dienstmädchen auch die 300 Mark weggenommen hat. Wegen des großen Vertrauensbruchs erhielt die Angeklagte eine Gefängnisstrafe von 6 Wochen, dessen Strafvollstreckung wegen ihrer Unbeschäftigung auf 3 Jahre mit Aussicht auf Begnadigung bei guter Führung ausgesetzt wurde, aber unter der Bedingung, daß sie einen Schadenertrag von 300 Mark binnen 4 Wochen leistet. — **h. n. d. e. s. t. a. h. l.** Ein Landwirt in Sternern sah am 20. 8. abends noch gegen 9 Uhr den Fuhrmann Theodor E. aus Sternern und dessen Braut Gertrud v. d. A. an seinem Hof in Richtung auf das weiter zur Grenze liegende Gehöft seines Vaters gehen. Da vor 3 Wochen diesem bereits 7 Hühner zur Nachtzeit aus dem Hühnerstall gestohlen waren, und E. auch zu dieser Zeit dort gesehen wurde, schöpfe er Verdacht. Auf seine telefonische Nachricht hin, legte sich sein Nachbar in circa 20 Meter Entfernung vom Hühnerstall auf die Lauer. Nach kurzer Zeit kam E. mit seiner Gefährtin an den Stall und ging an das Fenster, an dem eine Scheibe fehlte. Als er bereits zwei Hühner herausgenommen hatte, die er seiner Begleiterin gab, rief ihm der auf der Lauer liegende Bauer „Halt“ zu. Beide stießen die Hühner im Stiche und entliefen in der Dunkelheit. Als der Nachbar die den Fliehenden nachgesandten Schreie wahrnahm, begab er sich mit zwei Knechten nach der Richtung der gefallenen Scheibe. Sie konnten unterwegs die Hühnerdiebe festnehmen. Beide wurden genau wiedererkannt. Auch wurde am Stall ein Pantoffel gefunden, den E. verloren hatte. Trotz hartnäckigen Leugnens wurden die beiden gestrichen aus der Untersuchungshaft vorgeführten Angeklagten einwandfrei des gemeinen Diebstahls überführt. E., der bereits vor 2 Jahren wegen Einbruchsdiebstahls im Rückfalle zu 1 Jahr Gefängnis verurteilt war, erhielt wegen Rückfalle diebstahls eine Zuchthausstrafe von 2 Jahren und 3 Jahren Ehrverlust. Seine Gefährtin kam mit einer Gefängnisstrafe von 6 Monaten unter Anrechnung der Untersuchungshaft davon. — Eine Strafsache wegen gegenseitiger Schlägereien zwischen Nachbarn wurde zwecks Ladung weiterer Zeugen vertagt. — Zwei Kaufleute hatten sich wegen Betrugs zu verantworten. Sie sollen einem Arbeiter bei der Lohnzahlung jedesmal die Beiträge zur Invalidenversicherung abgehalten, aber keine Markten gefest haben. Die Geldbeträge waren in Ausgabe gestellt. Der ohne Entschuldigung fehlende Zeuge aus Essen wurde in eine Ordnungstrafe von 30 Mark und die Kosten der gestrigen Verhandlung, die verlangt werden mußte, genommen. — Ein hiesiger Bauhilfsarbeiter befand sich ohne Licht nach Eintritt der Dunkelheit mit dem Fahrrad die Straße. Da er dem Beamten, der ihn anhielt, einen falschen Namen angab, nahm dieser ihn fest. Hierauf leistete der festgenommene Widerstand, indem er sich mit Gewalttätigkeit und mit seinem Fahrrad nach dem Beamten schlug. Der des Weges kommende Bruder des Festgenommenen versuchte nun diesen Bruder mit sich fortzuführen und drang darauf, die Beamten ein, daß der Festgenommene entwich. Wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt bezw. vorläufiger Gefangenensbefreiung und Übertretung erhielt jeder eine Geldstrafe von zusammen 112 R.-M. Das Gericht wies nach darauf hin, daß die Polizeibeamten doch die Beschützer des Volkes seien. Wegen der bisherigen Unbeschäftigung habe das Gericht von einer Gefängnisstrafe Abstand genommen.

a. Rentenzahlung an Kriegsbeschädigte. Kriegsbeschädigte, die als 20-prozentige im Jahre 1923 abgefunden wurden und dafür als Abfindung die Summe von 600 000 Mark und evtl. Zinsschlag erhielten, können nach dem neuen Abänderungsgezet vom 28. 7. 1925 auf Antrag die einmalige Beihilfe von 50 R.-M. erhalten, sofern sie durch Beibringung einer Bescheinigung des Arbeitgeberers nachweisen, daß ihr durchschnittliches Nettomonatsentkommen in der letzten Zeit 200 Mark nicht überlegen hat. Personen, die nach der Abfindung wieder rentenberechtigt wurden, erhalten die Abfindungssumme nicht. Möhere Auskunft erteilt das Fürsorgeamt, an das man sich wenden möge.

po. Fahrerabdiebstahl. Am Montag nachmittag gegen 1 Uhr wurde aus dem Portal des städtischen Verwaltungsgebäudes an der Kardarstraße ein Fahrrad gestohlen.

po. Festgenommen. Gestern wurde auf der Nordallee 5 Personen wegen Trunkenheit festgenommen, von denen einer so sinnlos betrunken war, daß er auf einer Schieflatte zum Polizeigefängnis transportiert werden mußte.

3. Rhebe, 3. September. Prozession nach Kevelaer. Am kommenden Samstag und Sonntag findet die diesjährige Wallfahrt nach Kevelaer statt. Samstag nachmittags ist nach dem Beginn um 1.45 Uhr Auszug aus der Kirche zum Bahnhof, von wo um 2.35 Uhr der Sonderzug abfährt. Ankunft in Kevelaer 4.35 Uhr. Abends 8.30 Uhr versammeln sich die Pilger zur Lichtprozession. Am Sonntag morgen 7 Uhr ist heilige Messe in der Gnadenkapelle, um 10 Uhr Hochamt mit Predigt in der Marienkirche, um 3 Uhr Kreuzwegandacht. Um 5.25 Uhr verläßt der Sonderzug Kevelaer und trifft um 7.34 Uhr in Rhebe wieder ein.

v. Rhebe, 3. September. Unfall. Während der Kirmes brach ein hier zu Besuch weilendes junges Mädchen bei der Benutzung der Schiffschaukel den Arm.

v. Rhebe, 3. September. Abholzung der Bäume an der Bocholter Chaussee. Laut Beschluß der Provinzial-Straßenverwaltung sollen die schönen Bäume an der Bocholter Chaussee vom Dorfsausgang bis ungefähr zum Bahnübergang, im kommenden Winter entfernt werden. Der weitaus größte Teil der ganzen Bevölkerung und familiäre Naturfreunde werden dieses unangenehm empfinden. Die Bäume haben an heißen Sommertagen hundert von Menschen ihren Schatten gespendet und manches Auge mit ihrem Blättertschmuck erfreut. Die Gegend, die ohnehin an dieser Stelle schon ziemlich öde und kahl wirkt, wird dadurch des letzten schönen Schmuckes beraubt. Die Abholzung der Bäume wird damit begründet, daß die Bäume, die durch einen starken Sturm vor mehreren Jahren in den Baumeihen entstanden sind, die aber erst im vorigen Frühjahr mit jungen Bäumen besetzt worden sind, unschön wirken. Nun will man auch die großen Bäume beseitigen und an deren Stelle junge Bäume pflanzen. Dadurch wird zwar etwas „Schönheitsmangel“ hergestellt, ob dieses dann aber schöner wirkt, als das jetzige Bild, ist doch fraglich. Ganz abgesehen davon, daß doch wieder einzelne Bäume entstehen werden. Man hört doch nur zu oft, daß junge Bäumchen vor roher Hand beschädigt werden und absterben. Eine Milderung ist in dem Beschluß vorgesehen insofern, als nämlich die beiden großen Bäume gleich am Ausgang des Dorfes stehen bleiben sollen. Aber noch hoffen wir auf weitere Milderungen, ehe die Art ihre zerstörende Arbeit beginnt.



Warum | Weil

gibt es so viele Haushaltungen, in denen veraltete Kocheinrichtungen benutzt und somit Brennstoffe, sowie Zeit und Geld vergeudet werden

die bedeutenden Vorzüge der neuzeitlichen Kocheinrichtungen, mit denen große Ersparnisse erzielt werden können, nicht genügend bekannt sind

???

!!!

Fragen Sie das Gaswerk vertrauensvoll um Rat.

v. Krefeld, 3. September. Uaregulierung. Seit einigen Tagen sind hier Sacharbeiter mit Regulierungsarbeiten an der Aa beschäftigt. Die zum Teil eingesunkenen oder unterputzten, an anderen Stellen durch Anschwemmung verschlachten Ufer werden neu aufgebaut. Hierdurch wird das eigentliche Flutbett etwas verbreitert, so daß in regenreichen Zeiten nicht mehr so leicht eine Ueberflutung zu befürchten ist.

e. Borken, 3. September. Eine aufregende Fahrt. Das mit einem Warmblutrenner bespannte Wagh des Rentners L. aus Gemen geriet am Mittwoch vormittag auf der Chaussee nach Borken hin infolge eines Ueberholungsversuches, der wegen Mißbeachtung verschiedener Verkehrsvorschriften mißglückte, mit einem anderen Wagen zusammen, wobei an dem Wagh die Deichsel zerbrach und das Geschirr zerfiel. Durch den Zusammenstoß noch temperamentvoller geworden, raste nun das Pferd die Straße hinauf. Der Führer verlor jede Gewalt, und kurze Zeit darauf raste das Gefähr gegen die Schranke der Nordbahnüberführung, wobei es umstieß und die vier Anassen unter sich begrub. Während drei sich bald erheben konnten, blieb eine Dame bewußtlos liegen. Der Kolonnenführer des hiesigen Sanitätsvereins war gleich zur Stelle und sorgte dafür, daß die noch immer regungslose Frau S. durch ein Auto ins Krankenhaus gebracht wurde. Glücklicherweise kam sie bald wieder zur Besinnung und stellte sich ihre Verletzungen als wohl bedeutend, aber nicht lebensgefährlich heraus.

e. Heiden, 4. September. Großer Brand. Gestern nachmittag gegen 1.30 Uhr ist das von dem Bergmann Jawelshorst bewohnte Anwesen der Geschwister Pels niedergebrannt. Die hiesige Feuerwehr war bald zur Stelle. Kurz nach 2 Uhr traf auch die Borkener Feuerwehr, der die Firma Wülfing bereitwillig ihr Baskauto zur Verfügung gestellt hatte, an der Brandstelle ein. Die Löscharbeiten wurden durch den Wassermangel sehr erschwert. Die nahe zusammenstehenden Nachbarhäuser waren stark gefährdet und hatten zum Teil schon Feuer gefangen. Nur dem tatkräftigen Eingreifen der Wehren ist es zu danken, daß der Brand auf seinen Herd beschränkt blieb. Gegen 3 Uhr befand für die Nachbargüter keine Gefahr mehr. Die Entschädigungssache des Feuers ist noch nicht bekannt. Der angerichtete Schaden ist teilweise durch Versicherung gedeckt. Es verbrannten u. a. ein Dageart, ein großer Teil der Möbel und des Inventars, vierzig Fuder Stroh, Roggen usw. Es hatten sich viele Zuschauer eingefunden, die zum größten Teil die Löscharbeiten erschweren, während einige auch beim Wasserpumpen hilfreiche Hand leisteten.

*** Dorsten, 2. September. Ende des Dorstener Flughafens.** Der neue Dorsten-Flughafen zwischen Essen und Mülheim. Mit letztem Sonntag ist der Betrieb auf dem Dorsten-Flughafen eingestellt und zugleich der neue Flughafen zwischen Essen und Mülheim liegende Flughafen eröffnet worden. Der schöne Flughafen in der Herrlichkeit, der unserer Gegend in den Sommermonaten einen besonderen Anziehungspunkt verliehen hatte, ist somit nicht

mehr. Die weiße Heide, wo bislang die Motore surrten, verströmt wieder in ihre alte Stille und Beschaulichkeit. Der Flughafen Dorsten schließt zu den bestbesuchten. Im Juli allein haben von dort aus 1080 Fluggäste Fernflüge angetreten. Leider hatte der Flughafen den Nachteil, daß er zu abseits von dem betrieblamen Anfall nur als Beheftungsflughafen gedacht für die Zeit der Bekämpfung, wo der Flugverkehr im besetzten Gebiet verboten war.

Vom Niederrhein.

h. Melsburg, 3. September. Von der Jagd. Der Herr Oberpräsident der Rheinprovinz hat für den Umfang der Provinz den Abschluß weiblichen Rehwildes unterlag. Rehböcke sind vom 1. Januar bis 31. Mai und vom 1. September bis 31. Dezember mit der Jagd zu versehen; Treibjagden auf Rehböcke dürfen nicht stattfinden.

2. Rینگenberg, 3. Septemb. Kirmes. Am kommenden Sonntag und Montag feiert die Gemeinde Rینگenberg ihre diesjährige Kirmes; das Fest wird sicher wie in früheren Jahren viele auswärtige Gäste hierhin führen, vorausgesetzt allerdings, daß das Wetter gut ist.

3. Rees, 3. September. Jahrtausendfeier. Die Stadt Rees veranstaltet am kommenden Sonntag eine Jahrtausendfeier. Vormittags findet in der katholischen und protestantischen Kirche und in der Synagoge ein Festgottesdienst statt. Abends 7.30 Uhr versammeln sich sämtliche Vereine auf dem Marktplatz zur Teilnahme an einem Fackelzuge, der sich durch die Hauptstraßen der Stadt bewegt. Nach der Rückkehr ist auf dem Marktplatz Festansprache, worauf der zu diesem Zwecke gebildete Massenchor einige Lieder vortragen wird.

*** Wesel, 3. September. Ruderfest des rhein-westf. Regataverbandes.** Am Samstag, den 12. September wird das diesjährige Ruderfest des Verbandes als Teilveranstaltung der Weseler Jahrtausendfeier gefeiert. Nachmittags findet auf der 22 Kilometer langen Strecke Orsoy-Wesel ein Ruderwettkampf statt, an dem sich etwa 150 Ruderer in circa 40 Ruderbooten beteiligen, darunter die besten Kräfte von Rheinland und Westfalen. Unter anderem nimmt auch der Berliner Ruderklub „Danneberg“ teil. Auf dem Doppeldecksdampfer „Janja“ der Duisburg-Ruhrorter Transportgesellschaft, der von der Weseler Ruderfestschiffahrt gemietet worden ist, können die Angehörigen der verschiedenen Rudervereine die am Wettkampf beteiligten Ruderboote begleiten und den Verlauf des Rennens beobachten. Abends findet eine Feier im Schützenhaus statt.

*** Sonsbed bei Kanten, 3. September. Motorradunfall.** Am Dienstag fuhr ein Motorradfahrer auf der Straße Kanten-Sonsbed mit voller Wucht gegen einen Baum. Er erlitt eine Schädelknochenfraktur und mußte in lebensgefährlichem Zustande ins Krankenhaus eingeliefert werden.

*** Veer, 3. September. Brand.** Hier brannte ein Wirtschaftsgebäude des Landwirts Johann D. bis auf die Umfassungsmauern nieder. Die aufgespeicherten Erntevorräte und viele landwirtschaftliche Maschinen wurden ein Raub der Flammen. Man vermutet Brandstiftung, da der Besitzer beim Bemerten des Feuers feststellte, daß dieses an zwei verschiedenen Stellen ausgebrochen sein mußte.

Bücherchau.

Dreizehnlinden. Von Friedrich Wilhelm Weber. Mit Erläuterungen des Verfassers. Leipzig, Hesse & Becker Verlag. 308 S. Ob. 3.50 Mark.

Im Verlag Hesse & Becker, Leipzig, ist Webers „Dreizehnlinden“ in neuer Ausgabe erschienen, auf schönem halbfarbigem Papier gedruckt und in kräftiges Beinen gebunden. Das Epos des bekannten westfälischen Dichters, das bei seinem Erscheinen im Buchhandel einen ungeheuren Erfolg hatte, wird immer zu den besten der deutschen Literatur gehören. Wohl nirgendwo sonst sind Gemütsstärke und Gefühlsreife der germanischen Seele, Sachsentum und Sachkenntnis so liebevoll erfährt und lebendig ausgemalt wie im Sang von Dreizehnlinden. Durch das Hineinschauen des Zeitgeistes, dem Weber in seinem Werk durch den „Uhu“ Ausdruck geben läßt, erhebt er den Unterschied zwischen primitivem, gottnahen Naturleben und der transthaften und gottlosen Grundstimmung der modernen Zivilisation zu anschaulicher Deutlichkeit. In seiner Schilderung der mit dem Industriezeitalter heraufbeschworenen Umformung des Gesellschaftslebens und des weltanschaulichen Fundaments zeigt der Verfasser eine geradezu prophetische Sehergabe. Die Musik der Sprache, der Rhythmus der Verse sind eine edle Form für die Handlung; die Kämpfe eines Sachsentumsgenossen gegen den westlichen Eindringling, das Handeln mit dem Christengott und das Ringen mit sich selbst, Ueber dem ganzen Lied liegt trotz Härte und Kampf ein weltfremder Friede. Wie die abgeklärte, jenseitige Ruhe in den Hallen des Klosters, im Schein der ewigen Lampe des Konvents von Dreizehnlinden, dahin sich die Mönche heimgefunden nach schweren Erlebnissen und Schicksalen. Herbe Nordlandstriche weht durch den Sang, der Tannenduft des deutschen Waldes an des Dainings Hängen, und Waffenfreude und Kampfeslust der Zeitgenossen Mittelalters. — Dazu ist die Lektüre des Werkes ein ausgezeichnetes Mittel zum Eindringen in die germanische Mythologie, die uns so vielfach viel fremder ist als die Götter- und Heldensagen der griechischen und römischen Antike. B. S.

Verantwortlich für den lokalen Teil: Dr. B. Schmitz-Bocholt, für den lokalen Anzeigenteil: Joh. Kempters-Bocholt.

Anzeigen für auswärtige Zeitungen nur durch uns!

Warum?

Sie kennen wahrscheinlich nicht die Bedingungen — (manche Zeitungen verlangen Vorauszahlung) — die Aufnahme erleidet daher eine Verzögerung — fast jede Zeitung hat eine andere Zellenberechnung — Ihnen erwachsen durch falsche Größenangaben unnötige Kosten.

Wir sind mit der Aufgabe von Anzeigen vertraut, stehen mit vielen Zeitungen Deutschlands in ständiger Geschäftsverbindung. Wir schützen Sie vor Schäden, ohne daß Ihnen Mehrkosten entstehen!

Alle durch uns aufgegebenen Anzeigen werden zum Originalpreis berechnet.

Auskünfte und Ratschläge betr. Wahl des Insertionsorgans bereitwilligst.

Bocholter Volksblatt, Nobelstr. 6

Anzeigen-Vermittlung für alle Zeitungen.

Schulfragen im Hauptausschuß des Landtages.

Berlin, 3. Sept. Der Hauptausschuß des preussischen Landtages trat nach der Sommerpause am Montag nachmittag erstmalig wieder zusammen, um die Vorbereitung des Kultushaushalts zu beginnen.

In der allgemeinen Aussprache übte Abg. Dehse (D. N.) scharfe Kritik an der Personalpolitik des Ministers Beder. Abg. Lauscher (Zentr.) bedauert, daß bei der Reform des höheren Schulwesens die Forderungen des Zentrums bezüglich der Religionsstunde nicht erfüllt worden seien. Das höhere Schulwesen müsse auch bekenntnismäßig eingestellt werden. Das Monopol der staatlichen Schule müsse fallen. Die Privatschule sei einheitlicher und billiger. An den staatlichen Bildungsanstalten fühle sich der katholische Volksteil benachteiligt. Der Redner fordert bessere Unterbringung der kulturellen Anstalten in den Grenzgebieten. Ein Konfordat sei notwendig; bis zum Abschluß müsse für die katholische Kirche ein erträgliches Provisorium geschaffen werden.

Abg. Dr. Boelke (D.): Die letzten Maßnahmen des Ministers auf Schulpolitischem Gebiete hätten erfreulicherweise die Fortsetzung der Gesamtreform gebracht, die in maßvoller und ruhiger Form eingeleitet worden sei. Die Deutsche Volkspartei trete unter allen Umständen für eine paritätische höhere Schule ein.

Nach weiterer Debatte wurde die Beratung auf Dienstag vertagt, wo Kultusminister Dr. Beder sofort das Wort zu einer größeren Eatsrede nahm.

Der Minister erklärte, die Zeitaussagen müßten mit den historisch gewordenen verbunden werden. Schul- und Kulturpolitik müßten so geleitet sein, daß alle Parteien sie bejahen können. Als Staatsminister lege er sich die größte Zurückhaltung auf, als Kultusminister verfolge er eine feste Linie auf dem Boden der republikanischen Verfassung. Er verurteile jede Schmäherung der Vergangenheit, verlange aber auch Respekt und Liebe zum heutigen Staat. Der Minister wandte sich dann gegen die deutschnationalen Kritik. Im Falle Lessing hätte ein deutschnationaler Minister nicht anders handeln können. Die Studenten könnten nicht über die wissenschaftliche und moralische Qualität ihrer Lehrer richten. Das Verbot des Tragens politischer Abzeichen in den Schulen sei notwendig und schon vom Minister Boelke erlassen. Der Abbau habe im Ministerium katastrophal gewirkt, im ganzen aber zu einer Gesundung des Schulwesens geführt. Die Anstellungssperre müsse fallen. Die Aufbauschulen haben sich bewährt. Ebenso wie die Grundschule dürfe die neunjährige höhere Schule nicht angegriffen werden. Der Minister sprach den Wunsch aus, daß die Schulreform Ruhe und Zufriedenheit zum Wachsen erhalte. Er stehe auf dem Boden der Staatschule. Die Frage des Konfords sei sehr schwierig. Der Staat gehe mit seinen Zuschüssen über seine Verpflichtungen hinaus. Der Minister schloß, daß die Kultusfrage Sache der Länder bleiben müsse. In der weiteren Aussprache verteidigte der demokratische Abg. Hoff die Haltung des Ministers im Falle Lessing, während von den Deutschnationalen dem Minister ein erheblicher Teil der Schuld an der Entwicklung des Falles gegeben wurde.

In der weiteren Debatte erklärte Abg. Wildermann (Zentr.), die höhere Schule müsse eine einheitliche Wesenstimmung vermitteln. Daher sei die Zulassung konfessioneller höherer Schulen notwendig. Die dritte Religionsstunde müsse da, wo sie gefordert werde, zugelassen werden. Der Redner fordert Vorlegung eines Gesetzes über die Tragung der Schullasten.

Nach weiterer Aussprache trat der Ausschuss in die Einzelberatung ein. Die Ausgaben für die geistliche Verwaltung wurden gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten angenommen.

Am Mittwoch wurde über eine Reihe von Anträgen abgestimmt. Angenommen wurde ein deutschnationaler Antrag, der fordert, daß zur Einführung in den Unterrichtsanstalten nur solche Altanten und Kartenwerke zugelassen werden, die den Forderungen des deutschen Geographentages in Breslau entsprechen. Ein weiterer Antrag wünscht mit Beschleunigung die Schaffung eines allgemein gültigen Privatschulgesetzes. Zur Förderung der völkischen und kulturellen Belange des Auslands- und Grenzdeutschums soll eine stärkere Fühlungnahme mit der Reichsregierung angestrebt werden. Angenommen wurde ein demokratischer Antrag, daß veraltete Schulbücher endgültig untersagt werden, und die Einführung neuer Schulbücher nur gestattet werden, wenn sie dem Bedürfnis einer modernen staatsbürgerlichen Erziehung entsprechen. Von völkischparteilichen Anträgen fand ein Antrag Annahme, der für das befreite Staatsgebiet Förderkassen wünscht, wenn durch Befähigungsbefähigte und fleißige Schüler ohne ihr Verschulden zurückgelassen sind. Ein angestellter Zentrumsantrag fordert tunlichste Förderung der Volkshochschulen.

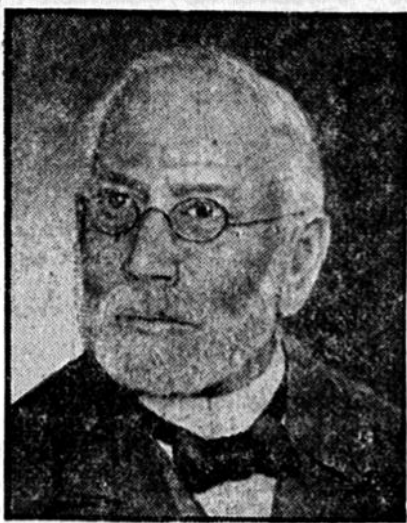
Am Nachmittag nahm zu der Frage der Lehrerbildung Kultusminister Dr. Beder das Wort. Der Minister erklärte, wegen Mitteln für die Junglehrer müsse man sich mit dem Reiche in Verbindung setzen. Auf dem Gebiete der Akademie handle es sich nur um einen Versuch. In Sachen sei der Versuch an dem Nachwuchs gescheitert. Es gelte daher, für die Akademie einen neuen Typ zu schaffen. Die Frage der Pädagogik müßte über die praktische Einstellung hinausgehen. Erst wenn das Reichsschulgesetz durch sei, könne man an alles denken.

Dienstag vormittag nahm der Hauptausschuß des Landtages an dem Kapitel „Lehrerbildung“ des Kultushaushalts vor. Angenommen wurde ein Antrag, wonach dafür Sorge getragen werden soll, daß nicht durch Schuldeputationen, deren Mitglieder in der Mehrheit Gegner der christlichen Schule sind, die Belange der evangelischen und katholischen Schulen gefährdet werden. Ferner wurde eine Statistik gefordert, wie die an Volkshochschulen tätigen Lehrkräfte sich auf die einzelnen Berufsgruppen verteilen. Weiter wurden Maßnahmen vorgeschlagen, die es begabten Lehrern des platten Landes mehr als bisher ermöglichen sollen, mittlere und höhere Schulen zu besuchen. Weitere Anträge erstreben einen gerechteren Schullastenausgleich, Nachprüfung der Frage der mittleren Reife, Herabsetzung der Pflichtstundenzahl, Behebung der Not der Junglehrerschaft und Einführung der Lehrer in die Aufgaben der Sexualpädagogik. Der Ausschuss wandte sich dann dem Kapitel „Höheres Schulwesen“ zu, über das sich eine längere Aussprache entwickelte.

Zentrumsanträge.

Im Hauptausschuß des Preussischen Landtages hat die Zentrumsfraktion bisher u. a. folgende Anträge eingebracht:

Die Zahl der in die Anwärterliste aufzunehmenden Studienassessoren dem tatsächlichen Bedarf entsprechend — mindestens aber auf 1600 — zu erhöhen; zur Befähigung der durch die ausschließliche Berufstätigkeit der Leistungen hervorgerufenen Härten eine angemessene Uebergangszeit festzulegen, innerhalb welcher nach Ausübung der ungewöhnlichen Untätigkeiten die Aufnahme in die Anwärterliste zu 50 Prozent auf Grund des Dienstalters und zu 50 Prozent auf Grund der Leistungen erfolgt; das



Peter Spahn †.

Verhältnis der planmäßigen Stellen zu den nichtplanmäßigen baldmöglichst wieder auf den Standpunkt von 13:1 zu bringen;

dort, wo auf Verlangen der Eltern eine dritte Religionsstunde in der Sexta der höheren Knabenschulen und in der Sexta und Quinta der höheren Mädchenschulen erteilt wird, diese Stunden auf die planmäßige Stundenzahl der Lehrer anzurechnen;

eine Neuordnung der Einteilung des wahlfreien Unterrichts vorzunehmen.

Die Genehmigung zur Errichtung von Privatschulen in allen Fällen zu erteilen, in welchen die Erfüllung der im Art. 147 der Reichsverfassung bezeichneten Bedingungen sichergestellt ist; für die Verfügungen der staatlichen Schulverwaltungs- und Schulaufsichtsbehörden in Sachen des Privatschulwesens, namentlich so weit sie sich auf die Verlegung oder die Zurücknahme der Genehmigung von Privatschulen beziehen, die Ansetzung im Wege des Verwaltungsstreitverfahrens mit dem vollen Instanzenzug der Verwaltungsgerichte anzufügen; den Leitern und Lehrern der privaten höheren Schulen die Berechtigung zur Führung der Amtsbezeichnungen zu erteilen, die den Inhabern gleichartiger Stellen an den öffentlichen höheren Schulen verliehen sind;

auf eine baldige reichsgesetzliche Regelung des gesamten Privatschulwesens hinzuwirken; den Rektoratschulen tunlichste Förderung zuteil werden zu lassen;

den infolge der ungünstigen Finanzlage namentlich der kleineren Städte vielfach gefährdeten Fortbestand der kommunalen höheren Lehranstalten durch ausreichende Staatszuschüsse, nötigenfalls durch Verstaatlichung, sicherzustellen; mit tunlichster Beschleunigung dem Landtag einen Gesetzentwurf vorzulegen, der für die bisher ausschließlich der Eigengemeinde aufgebürdeten Schullasten eine der Billigkeit besser entsprechende Verteilung vorsieht;

dem höheren Schulwesen in den Grenzgebieten eine besonders sorgfältige Pflege angedeihen zu lassen.

Aus Westdeutschland.

Münster, 3. Sept. (Ein ungetreuer Postausseher.) Der 18-jährige Walter Klingbeil stand wegen der Unterschlagung einer Anzahl Briefe vor dem hiesigen Schöffengericht. Schon kurze Zeit nach seinem Dienstantritt als Postbote öffnete er einen an einen Studenten gerichteten Brief und eignete sich die darin befindlichen 25 Mark an; den Brief verbrannte er. In der Zeit seines Wirkens als Postbote von April bis Juni ds. Js. sind über 50 Briefumschläge eingegangen, die dem Angeklagten einen Betrag von 122 Mark einbrachten. Es ist jedoch anzunehmen, daß noch weitere Briefe, deren Verbleib der Post nicht gemeldet wurde, durch den Postboten unterschlagen worden sind. In den letzten drei Tagen vor seiner Festnahme konnte bei der Ermittlung des Täters festgestellt werden, daß er täglich 7 bis 8 Briefe verschwinden ließ. Bei den Verurteilungen beschränkte sich der Angeklagte nicht nur auf Briefe seines Bezirks, er entnahm auch den Päckchen anderer Postboten Briefe. Das Geld verwandte der Angeklagte dazu, sich eine Uhr, einen Anzug, ein Fahrrad und Lederreize zu kaufen. Das Urteil lautete gegen ihn auf 6 Monate Gefängnis. Die Strafe wurde ihm, da er Reue zeigte, auf 3 Jahre Bewährung gesetzt, wenn er eine Buße von 50 Mark zahlt.

Münster, 3. Sept. (Verurteilung eines Schandhüben.) Der frühere Schupo-Beamte und jetzige Schweizer Heinrich Held aus Bochum hatte die Unerschrockenheit eines jungen Mädchens in gemeiner Weise ausgenutzt. Als Schweizer auf einem Gute in der Nähe von Soest beschäftigt, lernte er ein junges Mädchen kennen, das allein ohne Eltern und Geschwister in der Welt stand, und wußte das Mädchen zu veranlassen, mit zu dem Bauernhofe zu kommen, wo er es längere Zeit auf dem Heuboden verborgen hielt. In Soest forschte man vergeblich nach dem Verbleib des Mädchens. Bald veranlaßte Held das Mädchen auch unter allerlei Versprechungen, mit ihm nach Münster zu gehen. Hier sah Held, der völlig abgerissen war, mit dem Mädchen tagtäglich in den Warteflächen, nachts schliefen sie in Scheunen. Unter Drohungen brachte er dann das Mädchen dahin, sich gegen Bezahlung mit anderen Männern abzugeben. Das Geld kassierte er entweder vorher ein oder das Mädchen mußte es ihm sofort geben. Brachte sie ihm nicht genug, so mißhandelte er sie. Held lebte von dem Gelde herrlich und in Freuden, während das Mädchen hungern mußte. Ging Held in eine Wirtschaft zum Mittagessen, so fragte er wohl, ob sie auch Hunger habe, nahm sie jedoch nicht mit. Als Beamte der Kriminal-Polizei das Mädchen wegen Unzucht aufgriffen und die Hinterrückseite zu vier Wochen Haft verurteilt worden war, erzählte sie ihr bedauernswertes Dasein. Jetzt hatte sich Heinrich Held wegen Zuhälterei vor dem hiesigen Schöffengericht zu verantworten. Das Gericht machte keine langen Umstände mit ihm, sondern verurteilte ihn zu 1 Jahr Gefängnis und 3 Jahren Ehrverlust und ordnete seine sofortige Verhaftung an.

Heessen, 3. Sept. (Durch Starkstrom getötet.) Gestern vormittag war der Landwirt Ubersmeier auf dem Wege der Hecke Sachen mit Riesfahnen beschäftigt, als plötzlich seine beiden Pferde tot zu Boden stürzten. Sie hatten einen Draht der Starkstromleitung, der sich vom Mast gelöst hatte und zur Erde gefallen war, berührt und waren durch den Strom getötet worden.

Dortmund, 3. Sept. (Begnädigung eines Mörders.) Der Schloffer Johann Tomackeski, der am 18. Februar d. J. vom Schwurgericht Dortmund zum Tode und zehn Jahren Zuchthaus verurteilt worden war, weil er nach einem Ausbruch aus dem Gefängnis in Hamm im Juli 1923 bei einem nächtlichen Einbruch in das Haus des Isolierers Nachwein in Dortmund den allein in der Wohnung anwesenden 42-jährigen alten Sohn der

Scheute Nachwein durch Erwürgen getötet hatte, ist jetzt zu lebenslänglichem Zuchthaus begnadigt worden.

X Herlohn, 3. Sept. (Einem Finanzfiskus) ist man hier auf die Spur gekommen. Der Oberbürgermeister soll Ueberschüsse der Stadtverwaltung aus dem Etat fortgelassen und anderweitig verwandt haben. Die Ueberschüsse sollen mehrere Tausend Mark betragen. Ein in der Stadtverordnetenversammlung eingebrachter Initiativantrag verlangt die sofortige Einleitung der Untersuchung.

Dinslaken (Kr. Olpe), 3. Sept. (Der Milzbrand.) Diese für Menschen und Vieh gleich gefährliche Seuche, wütet auf einem hiesigen Gutshof bereits sechs Wochen. In einem Stüd Kindvieh wurde sie zuerst festgestellt. Der Besitzer wurde angesteckt und im Krankenhaus isoliert. Er ist wieder genesen. Dagegen erlag ein 12-jähriges Mädchen vor kurzem der Krankheit. Unter dem Viehbestande geht die Seuche immer weiter, so daß wahrscheinlich der ganze Viehbestand abgeschlachtet werden muß. Um einer Verschleppung der Seuche vorzubeugen, wird das Gehöft, soweit es zugänglich ist, isoliert.

Duisburg, 3. Sept. (Starke Bodenstärkungen) machen sich in der Andreas-Hofer-Straße bemerkbar. Zahlreiche Häuser zeigen große Risse. Viele Fensterbänke müssen durch Eisenträger gestützt werden.

Krefeld, 3. Sept. (Der Lohnkampf in der Textilindustrie beigelegt.) Die seit langem andauernden Lohnkämpfe in der Textilindustrie sind vorläufig abgeschlossen. Die Unternehmer haben eine Lohnerhöhung von fünf Prozent für Zeitlöhne und drei Prozent für Akkordlöhne zugestanden.

Rheinberg, 4. Sept. (Große Siedlungsanlage.) Die Deutschen Soldaten kauften das Gut Gath. Das Gut will auf dem Gut eine großangelegte Siedlung schaffen und Hunderte von Familien und Angehörigen des Wertes unterbringen.

Belbert, 3. Sept. (Vier Generationen auf einem Hof.) Der Landwirt Karl Römer auf Gut Borthorst bei Belbert beging gestern seinen 88. Geburtstag. Er ist der Senior von vier Generationen, die auf dem Gut unter einem Dach leben, vom Urgroßvater bis zum Urenkel, die alle vier auf den Namen Karl Römer getauft sind.

Nagel, 3. Sept. (Ein Schiedspruch im Lohnkampf in der Wagener Nadelindustrie) wurde in einer neuen Schlichtungs-verhandlung gefällt. Danach wird das frühere Arbeitsverhältnis fortgesetzt. Die Arbeit soll am Montag, 7. September, wieder aufgenommen werden. Mahregelungen dürfen von keiner Seite erfolgen. Die bisherige Zulage von 8 Prozent wird auf 14 Prozent erhöht. Die Vereinbarung gilt bis zum 1. Januar 1926.

Kreuznach, 3. Sept. (Touristenauto verunglückt.) Dienstag früh fuhr im benachbarten Spredlingen am Bahnhof ein mit 12 Touristen aus der Düsselberger Gegend besetztes schweres Personenauto mit großer Geschwindigkeit gegen die Bahndämme. Von den 12 Insassen wurden vier schwer und fünf leicht verletzt. Das Auto gehörte einem Unternehmer in Kreuznach.

Meppen (Ems), 3. Sept. (Eingehung französischer und amerikanischer Staatspapiere.) Auf dem Bahnhof in Bentheim fand, wie erinnert, am 18. Mai 1920 ein Beamter des dortigen Zollamtes bei dem auf der Rückreise begriffenen amerikanischen Juwelier Burton, im Reisegepäck verborgen, 81 Schachteln Neo-Salvarian, zahlreiche goldene und silberne Armbänder, Broschen, Siegel- und Ohrringe, Halsketten und Halsgehänge, französische und amerikanische Staatspapiere. Als Mitgeigentümer dieses wertvollen Reisegepäcks bekannte sich im Laufe der Befragung ein zweiter amerikanischer Juwelier, namens Vint. Als darauf der Zollbeamte seine Prüfung auf eine körperliche Untersuchung ausdehnte, fand er auf der Brust des V. mehrere Päckchen mit russischen 1000-Rubelscheinen, Diamanten und sonstigen Edelsteinen. Zum Teil haben diese Gegenstände, die aus Diebstählen herrühren sollen, den rechtmäßigen Eigentümern wieder zugeführt werden können. Auf Grund einer Strafanzeige des Hauptzollamtes Nordhorn hatte am 4. Mai ds. Js. das Amtsgericht in Bentheim für die Verfolgung der Täter eine fünfjährige Verjährungsfrist festgelegt, die Eingehung der beschlagnahmten Wertgegenstände aber, weil solange das Verfahren nicht beendet sei, sondern nur rube, für unzulässig erklärt. In der Berufungsverhandlung, die am Mittwoch vor der Meppener Strafkammer stattfand, wurde zunächst auf Antrag der Staatsanwaltschaft und des neben-täglichen Hauptzollamtes das persönliche Verfahren eingestellt, weil es der Inflationszeit entstamme, ein Interesse zur Verfolgung derartiger Straftaten nicht mehr bestehe, die darüber sprechenden Verordnungen u. a. aufgehoben seien. Darauf beschloß unter Aufhebung des Bentheimer Urteils die Strafkammer die Eingehung aller aus jener Beschlagnahme herrührenden, im Besitz des Nordhorer Hauptzollamtes befindlichen Wertgegenstände. Mit Ausnahme der russischen Rubeln, die nicht zur Ausfuhr, sondern zur Durchfuhr bestimmt gewesen seien.

Osthauderfehn (Ostfriesland), 3. Sept. (100-jähriger Geburtstag.) In diesen Tagen konnte die älteste Einwohnerin des Ortes, Annamoe Poeker, ihren 100. Geburtstag in seltener körperlicher und geistiger Frische feiern.

100. Geburtstag Schorlemers.

Am 21. Oktober ds. Js. werden es 100 Jahre, daß der Gründer des Westfälischen Bauernvereins, Freiherr Burthard von Schorlemer-Möst, in weiten Kreisen bekannt als der „Westfälische Bauernkönig“, auf Schloß Herringhausen im Kreise Lippestadt, geboren wurde. Der Westfälische Bauernverein und der Bezirksverein Burgsteinfurt, in welchem letzterem Schorlemer von seinem 1852 gekauften Gut aus seine Tätigkeit als Bauernführer begann, rufen sich, den hundertsten Geburtstag ihres verdienten Gründers feierlich zu begehen. Am 20. Oktober sollen die Feierlichkeiten in Burgsteinfurt stattfinden, und am 21. soll in Münster die feierliche Generalversammlung des Westfälischen Bauernvereins folgen. Wie wir erfahren, ist im Programm der Veranstaltungen einzuwirken vorgesehen, daß am 20. Oktober früh in Burgsteinfurt und Leer ein feierlicher Gottesdienst stattfinden soll. Danach soll vor dem Landratsamt der offizielle Festakt vor sich gehen und ein Kranz am Denkmal Schorlemers niedergelegt werden. Nach der Kranzniederlegung ist Abmarsch im geschlossenen Zuge zum Bagno vorgesehen, wo eine gemeinsame Bauernvereins- und Auswahlmittelversammlung des Westfälischen Bauernvereins stattfinden wird. Wenden ist Konzert und Abbrengen eines Feuerwerks im Bagno beabsichtigt.

Am 21. Oktober wird in Münster die Generalversammlung des Westfälischen Bauernvereins stattfinden, bei welcher Gelegenheit ebenfalls eine feierliche Kranzniederlegung am Schorlemer-Denkmal vor dem Provinzial-Landtagsgebäude stattfinden wird. Einzelheiten des Programms stehen noch nicht fest. Mit Rücksicht auf den Ernst der Zeit und die schlechte finanzielle Lage der westfälischen Landwirtschaft geht in Bauernvereinstreffen die allgemeine Auffassung dahin, den 100. Geburtstag Schorlemers in der Weise würdig zu begehen, daß bei aller Feierlichkeit doch kostspielige Veranstaltungen vermieden werden sollen. Die Beteiligung an der Schorlemerfeier in Burgsteinfurt und in Münster dürfte am ehesten des allgemeinen Interesses nichtswertvoller in der gesamten westfälischen Landwirtschaft eine außerordentlich starke sein. Auch dürfte der Zeitpunkt um Ende Oktober in diesem Sinne sehr günstig gelegen sein, so daß mit einem zahlreichen Besuch aus allen Teilen Westfalens gerechnet werden muß.

Um die deutsche Zehnkampfsmeisterschaft.

Die deutsche Zehnkampfsmeisterschaft kann in diesem Jahre auf ein Jubiläum blicken; zum 10. Male nämlich wird am kommenden Sonntag und Montag in Leipzig der Kampf um sie entbrennen. Trotz der hohen und wertvollen Meisterschaft ist schon ein immerhin ganz gutes Alter hinter sich gelassen, findet sie doch leider in Deutschland innerhalb der Leichtathletik noch lange nicht die ihr zweifellos gebührende genügende Anerkennung und Beachtung. Die Krone aller leichtathletischen Wettbewerbe, der höchste deutsche Meistertitel ist doch ohne Frage die Zehnkampfsmeisterschaft, zu deren Erringung mehr als für jede andere Leistung großes allseitiges Können, zielbewusstes Training und harter Kampf erforderlich sind. Trotzdem ist der Zehnkampf innerhalb der Leichtathletik nicht populär. Der 100-Meter-Läufer z. B. gilt viel mehr in der Gunst der Menge. Es ist eben nicht so leicht für die Zuschauer, die Verdienste und das Können des Zehnkampfsmeisters nach Gebühr zu würdigen und anzuerkennen, er tritt ihnen eben nicht sichtbar genug in Erscheinung, sie sehen nicht, wie bei dem einzelnen Läufer, Springer oder Werfer, wie er gewinnt, sie hören nur die trockenen Zahlen und haben dabei niemand vor Augen, den sie erobert mit dem Gegner kämpfen sehen, den sie bewundern, dem sie Beifall zollen können.

1911 wurde in München zum ersten Male die deutsche Zehnkampfsmeisterschaft ausgetragen. Karl Hatt aus München, Alex Abraham von der Turngemeinde in Berlin, Meister aus Münster selbst, führten die beiden Wettbewerber, die an einem trübigen Oktobersonntag um diesen Titel kämpften. Hatt eroberte sich ihn zum ersten Male mit nicht gerade überragenden Leistungen wie 11,4 - 55 - 5:16,6 - 17,6 - 6,03 - 1,675 - 2,26 - 10,74 - 29,31 - 40,28 und mit seinen 5105 Punkten knapp vor Abraham mit 5063 Punkten und 4781 Punkten. 5105 Punkte entsprechen - um es besser beurteilen zu können - nach unserer heutigen Wertung 456 Punkten.

Hatt blieb auch weiterhin unsere überragende Größe im Zehnkampf und speziell im Zehnkampf. Auch in den beiden weiteren Jahren vor dem Kriege, 1912 und 1913, vermochte ihm niemand diesen Titel zu entreißen. 1913 brachte er es auf 5903 Punkte = 572 Punkte. Und auch in den ersten Jahren nach dem Kriege war Hatt wieder hier der erfolgreichste, wenn ihm auch jetzt in Artur Holz, Berlin, unserm anderen besten Zehnkämpfer, ein engerer Gegner erwachsen war. 1919 wurde Holz Meister, in den beiden folgenden Jahren wieder Hatt. Seine beste Leistung erreichte Hatt jedoch noch kurz vor dem Kriege, 1914, wo er in Malmö bei den Olympischen Spielen vor den besten Schweden und Finnen den Zehnkampf gewann mit 598 Punkten nach unserer Wertung. Holz gelang es nur einmal, diese Leistung zu überbieten, als er sich 1922 in Duisburg die

deutsche Zehnkampfsmeisterschaft holte. Er brachte es hier auf 600 Punkte, ein Rekord, der noch nicht überboten worden ist. Holz's Leistungen waren hier: 11,2 - 54,7 - 4:58,8 - 18,4 - 6,84 - 1,82 - 3,10 - 11,12 - 33,61 - 42,19. 1923 erreichte Holz, der seinen Titel mit Erfolg verteidigte, nur 550 Punkte; und im Vorjahr wurde in Westhausen, Berlin, zum ersten Male ein anderer als Hatt oder Holz deutscher Zehnkampfsmeister und zwar mit der geringen Leistung von 532 Punkten.

Zur besseren Beurteilung des Könnens unserer Zehnkämpfer seien hier die Leistungen eines Dänen gegenübergestellt, der in Paris mit einer Weltrekordleistung diese Meisterschaft gewann und mit Ergebnissen von: 11,2 - 53,2 - 4:40 - 16,6 - 6,92 - 1,97 - 3,50 - 11,43 - 34,51 - 46,96 nach unserer Wertung 739 Punkte erzielt hätte. Der Indianer Thorpe, der später zum Professionsler erklärt wurde, blieb 1912 in Stockholm mit 735 Punkten nicht viel dahinter.

In diesem Jahre wird die Zehnkampfsmeisterschaft wieder getrennt von den Einzelwettbewerben für sich ausgetragen, was ohne Frage im Interesse der Wettkämpfer zu begrüßen ist, wenn auch die Anteilnahme der Öffentlichkeit hierdurch noch mehr beeinträchtigt wird. 14 Teilnehmer haben bisher zur Teilnahme gemeldet. Unter ihnen vermisst man den Titelverteidiger, Westhausen, Berlin. Dagegen taucht Holz's Name wieder auf, der in diesem Jahre wenig an den Start gegangen ist. Jedoch muß man ihm bei seinem Auftreten unbedingt immer noch die besten Aussichten einräumen, da uns andere überragende Größen hier ganz fehlen. Zu erwähnen wären etwa noch Breckenmacher, München, Gierke, Hamburg, sowie Schürer, Berlin und Weinhold, Dresden, die beiden Zweiten des Vorjahrs. Westhausen ist nur durch Otto, Solingen, vertreten, unter dessen Namen der Kölner Dohrmann, hat sich inzwischen als sehr Spezialist.

Preisverteilung in der Rhön.

Am Dienstag mittag fand die Preisverteilung für den diesjährigen Hauptwettbewerb unter Vorsitz des Prinzen Heinrich v. Preußen statt. Sie bildete den Abschluß des 6. Rhön-Segelflug-Wettbewerbs und ergab folgendes Ergebnis: In den Großen Rhön-Segelflug-Preis 1925 teilten sich nach der Anzahl ihrer erreichten Punkte: Meister Martens auf „Moritz“ mit 2085,1 Punkten (Markt 2413,20), Epenlaub auf „Epenlaub 5“ mit 1674,5 Punkten (Markt 1685,80) und Nehring-Darmstadt auf „Konstul“ mit 1274,8 Punkten (Markt 948,-). Der erste Preis für die längste Flugdauer auf einem Flug fiel an Hesselbach, den Führer der „Margarethe“, für seinen Dauerflug von 3 Std. 5

Min. 55 Sek. in Höhe von 1457,30, dem Jungmeister auf „Transatlantier“ des Sportrates der Gesellschaft der Freunde der russischen Luftflotte mit 1 Std. 45 Min. 16 Sek. (Markt 825,40) und Jakowitsch auf „Apir“ mit 1 Std. 31 Min. 30 Sek. (Markt 717,80) folgten. Auch den ersten Preis für die größte Flugdauer konnten die eifrigen Darmstädter auf ihr Konto bringen. Nehring heimte für seinen Flug auf dem „Konstul“ mit 310 m Höhe über Start Markt 696,20 und Hesselbach auf dem Zweiflügel „Margarethe“ mit Flugzeit 300 Meter über der Abflugstelle Markt 651,90 ein. Den zweiten Preis errang Martens auf „Moritz“ mit 800 m über Start (Markt 651,90). Den Preis für den größten Fernseglflug (Markt 3000) trug ebenfalls Nehring auf dem „Konstul“ für die Strecke von 21 Km. davon. Epenlaub wurde mit dem Führerpreis in Höhe von Markt 500 für die höchste Gesamtleistung eines Jungfliegers im Hauptwettbewerb bedacht. Dem Flugzeug „Margarethe“ der Abad. Fliegergruppe Darmstadt wurde für die größte Gesamtleistung mit Flugzeit von 235 Min. 19 Sek. unter Hesselbach der „Preußen-Preis“ (Markt 1000) zuerkannt und für die größte Flugdauer auf einem Flug mit Flugzeit 3 Std. 55 Min. 55 Sek. weitere Markt 1000. Wie im vergangenen Jahre kamen auch diesmal verschiedene Preise nicht zum Austrag, so z. B. die hohen Geldpreise für motorlose Flugzeuge mit Start ohne fremde Hilfe und die Preise für Segelflugzeuge mit Hilfsmotor. Mit Leistungspreisen in Höhe von Markt 3000 wurden bedacht: Die Abad. Fliegergruppe Darmstadt in Anerkennung der in hervorragender Form abgelegten vier C-Prüfungen, die Herren Poralla-Beuthen, Steinmann-Hagen und Koll-Breslau für gute technische Einzelkonstruktionen an ihren Flugzeugen und ihre opferfreudige Arbeit für die deutsche Segelflugbewegung. Dr. Bruckmann-Berlin erhielt den Ehrenpreis des Aero-Klub von Deutschland für seine eifrigen Bemühungen am Bau eines Schwingenflugzeuges.

Einweihung des Sportplatzes „Deidensenor“ in Gronau.

Gronau, 3. Sept. Der F. C. Gronau 08 weiht am kommenden Sonntag seinen neuen Sportplatz „Deidensenor“ ein. Der schöne und vorbildlich angelegte Platz liegt unmittelbar hinter den Fabrikanlagen der Baumwollspinnerei M. von Delden & Co. die das Gelände stiftete. Der Club will den Einweihungstag zu einem Sportwettag machen. Am Sonntag mittag um 12 Uhr beginnt ein Propaganda-Lauf durch die Stadt. Gleichzeitig ist eine Corsofahrt des Gronauer Radfahrklubs „All Hell“ auf dem neuen Platz. Nach einem Fußballwettkampf der ersten Jugend Preußen-Münster gegen die erste Jugend des F. C. Gronau 08, und nach leichtathletischen Wettkämpfen ist um 4 Uhr das Meisterschaftsspiel F. C. Gronau 08 gegen F. C. Gronau 09. In der Halbzeit dieses interessanten Spieles ist der Staffellauf um den Ehrenpreis der Stadt Gronau.

Handel, Industrie und Volkswirtschaft.

Berliner Devisenkurse.

Die Kurse sind in Billionen Mark angegeben.

Die amtlichen Berliner Kurse	Geld	Brief	Geld	Brief	Zuteilg.
Holland	106,99	109,41	109,04	109,45	100
Argentinien	1,064	1,088	1,073	1,077	100
Brasilien	15,77	16,81	16,84	18,58	100
Norwegen	86,19	86,41	85,99	86,31	100
Dänemark	103,52	103,58	102,17	102,43	100
Schweden	112,51	112,79	112,51	112,79	100
Finnland	10,355	10,395	10,355	10,395	100
Italien	10,73	10,77	10,73	10,77	100
London	20,355	20,405	20,301	20,411	100
Frankreich	19,08	19,12	19,08	19,12	100
Schweiz	81,05	81,25	81,05	81,25	100
Spanien	59,95	60,25	59,95	60,25	100
Deutsch-Wien	59,16	59,30	59,16	59,30	100
Ungarn	5,995	5,925	5,995	5,925	100
Polen	12,47	12,47	12,47	12,47	100
Rio de Janeiro	0,564	0,560	0,564	0,560	100
Brasilien	7,477	7,477	7,477	7,477	100
Lissabon-Oporto	3,055	3,055	3,055	3,055	100
Danzig	80,23	81,025	80,23	81,025	100
Konstantinopel	2,495	2,495	2,495	2,495	100
Sibirien	0,34	0,34	0,34	0,34	100
Canada	4,195	4,205	4,195	4,205	100
Uruguay	4,175	4,185	4,175	4,185	100

Berliner Wertpapierbörse.

tu, Berlin, 3. Sept. (Tel.) Die Börse eröffnete heute bei ruhigem Geschäft in eher gebückter Tendenz. Die Spekulation schritt zu Gewinnmitnahmen, die sofort der Baize-Gruppe Anlaß zu einem neuen Vorstoß gaben. Bei der gegenwärtigen Lage der Börse dürfte jedoch anzunehmen sein, daß diese Verstimmlung mehr vorübergehender Art ist, denn es lagen auch heute wieder eine Reihe ansehnlicher Kaufordres vor, namentlich für einige Kapitalpapiere. Eine Anregung stellt gleichzeitig die leichte Verfallung des Geldmarktes dar, an dem Tagesgeld reichlich zur Verfügung steht. Der Satz hierfür stellte sich auf 8 bis 9 Prozent und teilweise darunter. Monatsgeld 10-11½ Prozent. Die Nachrichten, wonach außer der oberdeutschen Eisenindustrie auch in Westfalen voraussichtlich in Zukunft mit einem engen Zusammengehen der Schwerindustrie auf produktionssteigerndem Gebiet zu rechnen sei, wurden am Montagaktienmarkt lebhaft beachtet, ebenso die etwas freundlicher lautenden Berichte über die Lage des Eisenmarktes. Am Devisenmarkt erlitt das englische Pfund eine leichte weitere Ermäßigung auf 4,85 gegen New York. Im Zusammenhang hiermit keilten sich die meisten europäischen Devisen gegen das Pfund etwas besser. Paris und Brüssel lagen relativ schwach. Besonders günstig notierte wiederum Mailand. Die Reichsmark wird aus London mit 20,38, Amsterdam mit 59,05 und Paris mit 5,07½ gemeldet.

Im einzelnen lagen am Montagaktienmarkt die Kurse anfangs etwas unter den gestrigen Schlusskufen. Späterhin trat dann wieder infolge des Vorliegens von Kaufaufträgen aus der Provinz eine leichte Beseitigung des Mosaus ein, die wohl begünstigt wurde von den Nachrichten über ein zu erwartendes deutsch-englisches Kohlenabkommen. Infolgedessen hielten sich gegen Schluss der ersten Stunde die Kurse etwa auf der Höhe der Vortagskufennotierungen. Die übrigen Märkte machten diese Schwankungen im wesentlichen mit, da Montanwerte im Augenblick an der Börse die Führung haben. Railwerte lagen jedoch von vornherein freundlich. Am Chemiemarkt bestand anfangs starkes Interesse für Anglo Guano, plus 5½ Prozent, während im übrigen die Haltung nicht einheitlich war. Köln-Rottweiler lagar minus 2½ Prozent. Elektrowerte unsicher, Licht und Kraft minus 4 Prozent. Gesellschaft für elektrische Unternehmungen plus 2½ Prozent. Von sonstigen Schwankungen seien hervorzuheben Steiner Dampfer plus 8½ Prozent, R. Wolf plus 2 Prozent, Schubert & Salzer plus 2½ Prozent, Gebrüder Junghans minus 1½ Prozent, Kriegsanleihe 0,275, Schutzgebietsanleihe 6,80. Am Kolonialmarkt lagen Diamond Shares mit 22½ und Südsee Phosphat mit 33½ leicht gebessert. Später wurde die Tendenz, wie schon erwähnt, allgemein freundlicher unter Beachtung von Schiffahrtswerten im Zusammenhang mit dem englischen Seemannsstreik.

Im weiteren Verlauf der Börse wurde die Tendenz ausgesprochen fest. Die Spekulation sah sich infolgedessen zu neuen Deckungen veranlaßt, die vielfach nicht ganz freiwilliger Natur waren. Da ferner während der Börse noch Aufträge der Rundschau namentlich für kurzfristig zurückgebliebene Werte ein-

liefern, verlief die zweite Hälfte der Börse bei angeregtem Geschäft in sehr freundlicher Verfassung. Die großen industriellen Projekte in Rheinland-Westfalen und Oberschlesien bildeten nach wie vor das Tagesgespräch. Die ersten Kurse wurden durchweg später um einige Prozent überschritten.

Essener Ruzenbörse.

h. Essen, 3. Sept. (Eig. Draht.) Die Börse setzte ihre Aufwärtstbewegung in verstärktem Maße fort. Von Kohlenwerten waren namentlich Konstantin der Große, Graf Schwerin, Diergard, Heinrich, Wils, Medissen und Carolus magnus erheblich höher bei recht lebhaften Umsätzen. Auch kleinere Werte wie Alie Saale, Glüdauf-Segen, Johann Deimelsberg hatten regere Nachfrage. Das gleiche gilt für Kohlenaktien, von denen Alortshöhe, Niederrheinische Bergwerk und Dahlbusch etwa 3 Prozent höher notierten. Recht feste Haltung zeigte nach langem Stillliegen der Markt für Braunkohlenwerte. Eine Kurssteigerung von 8 Prozent erfuhr der Zinkfunktions, von den hierhin gehörigen Aktien sind besonders zu erwähnen Bruders-Neleben und Gute Hoffnung, in denen sich beträchtlicher Wertzuwachs vollzog. Der Markt für Kaliwerte weiterhin fest und lebhaft. Bei regen Umsätzen gewannen Alagandshall 300, Alie 250, Heiligenroda 500, Burdach 150, Hove 250, Sachsen-Weimar 250, Völkensroda 200 Markt. Von kleineren Werten waren Salamiinde und Walbed stark gefragt und höher. Auch Friedrichsgrube, Erbsleben und Kalkenberg waren bei belangreichen Umsätzen erheblich höher. Besonders zu erwähnen ist die Festigkeit auf dem Kaliaktienmarkt. Hier gewannen Kaliindustrie 5 Prozent, Rittershall 4 Prozent, Niederlahn 5 Prozent, Teutonia 10 Prozent, Wittenkind 3 Prozent. Von unnotierten Industriekarten waren R. W. E., Ueberlinger Waggon, Kadel-Rhondt sowie Dortmund Bullan und Providentia stärker gefragt und bis 3 Prozent höher. Die Börse schloß recht fest.

Köln Wertpapierbörse.

h. Köln, 3. Sept. (Eig. Draht.) Die Börse eröffnete in unsicherer und schwächerer Haltung. Schwach waren namentlich Montanwerte, vor allem Harpener, die nach gestriger Steigerung ansehnlichen Verlust erlitten. Später wurde das Geschäft lebhafter und die Tendenz freundlicher. Von Montanwerten wurden namentlich Rhönitz, Rhein. Braunkohlen und Harpener gehandelt; von Elektrowerten waren Weisen u. Guilleaume fest. Anleihen schwächer. Am Markt für Sonderwerte gingen Stollwerck lebhaft um. Maschinenwerte im ganzen ruhig, aber gut behauptet. Die Börse schloß in etwas freundlicherer Haltung.

* Der preussische Staat Grobkraftwerk von Siemens elektrische Betriebe. Der Antike Preussische Pressedienst schreibt: „Die Aktienmehrheit der Siemens elektrische Betriebe A.G. in Hamburg ist aus dem Besitz der schweizerischen Gesellschaft für elektrische Industrie in Glarus (Schweiz) und der Siemens-Schuckert-Gruppe in den Besitz des preussischen Staates übergegangen. Für den Erwerb standen Mittel zur Verfügung, die dem preussischen Staat vor einiger Zeit vom Reich als Wpklagszahlung für die Verluste in den abgetretenen Gebieten mit der Bestimmung zur Wiederanlage in vorbestimmten Staatssektoren überwiesen worden sind. Das Interesse des Staates an den erworbenen Aktien liegt zunächst in der Ausdehnung seines elektrischen Stromversorgungsgebietes auf das große im Norden an das A.G. angrenzende Wirtschaftsgebiet, das von der Siemens elektrische Betriebe A.G. versorgt wird, und das von der holländischen Grenze bis nach Weimar reicht. Vom wirtschaftlichen Standpunkt aus betrachtet, bringt dieser Zusammenschluß durch Verbindung der beiderseitigen Leistungsfähigkeit eine Verbesserung in der Ausnutzung der in den Gebieten vorhandenen Stromerzeugungsmöglichkeiten. Hervorzuheben sind auch die rationellen und gewinnreichen Torfgewinnungsanlagen der Siemens elektrische Betriebe A.G. bei dem auf Torfverfeuerung eingestellten Kraftwerk im Ahricher Wiesmoor, die ebenfalls eine Verbindung mit dem Staat nahelegen. Ganz besonders fiel aber zugunsten des Abschlusses ins Gewicht, daß dieses für den Nordwesten Preußens so außerordentlich bedeutsame Stromversorgungsunternehmen nun aus ausländischem Einfluß wieder freigemacht werden konnte. Die Arbeiten für einen Zusammenschluß der Werke der Siemens elektrische Betriebe A.G. und der Grobkraftwerk Hannover A.G. sind bereits aufgenommen.“ Die Mitteilung läßt

verschiedene wichtige Fragen offen. Bekanntlich wurde in verschiedenen Presseauslassungen berichtet, daß der preussische Staat für die Aktien einen erheblich über den Pari liegenden Kurs (125 Prozent) bezahlt habe zu einer Zeit, in der die Aktie an der Börse weit unter Pari notiert wurde. Darüber schweigt sich die Mitteilung vollkommen aus. Sie sagt ferner nicht, wieviel Aktien der preussische Staat erworben hat. Sie spricht von dem Übergang der Mehrheit an den preussischen Staat, erwähnt gar nicht die Führerin des Konfessions, die Bankfirma J. S. Gumpel. Wieviel von den 85 Prozent hat nun der Staat, wieviel die Firma Gumpel? Oder hat diese inzwischen ihren Anteil an den preussischen Staat abgetreten und zu welchem Preis? Ob die fernere Erklärung, daß die Gesellschaft nunmehr ganz von schweizerischem Einfluß befreit ist, zutrifft, bedarf ebenfalls der näheren Erläuterung. Man hat dabei nämlich nicht nur an die in schweizerischem Besitz gewesenen Aktien zu denken, sondern auch an die noch ganz bedeutenden in Markt oder Franken rückzahlbaren Anleihen, die namentlich in der Schweiz untergebracht sind. Der Kurs hat sich inzwischen zwar beträchtlich gehoben, aber zwischen 11 Prozent (heutiger Kurs) und 12,5 Prozent (Erwerbskurs) ist noch ein gewaltiger Unterschied.

* Zusammenschlußbestrebungen in der westdeutschen Grobindustrie. Seit einiger Zeit besteht in der rheinisch-westfälischen Eisen- und Stahlindustrie das Bestreben nach Rationalisierung der Eisenproduktion Rheinland-Westfalens. Man nimmt an, daß die in diesem Zusammenhang schon seit langem zwischen den verschiedenen Grobkonzernen gepflogenen Verhandlungen zur Bildung eines vertikalen Trusts führen werden. Beteiligt sind dabei Thyssen, Phönix, Rheinisch-Westfälische Krupp und Deutsch-Luxemburg (die Röhrenwerke, die großen Wert auf ihre Selbstständigkeit legen, stehen außerhalb). Die Vertreter der Unternehmungen, die vor einigen Tagen befaßt waren, gedenken erst in der nächsten Woche wieder zusammenzukommen. Die Bildung eines deutschen Stahltrustes erstreben sie nicht, wohl aber zur wirtschaftlichen Gestaltung der gesamten Erzeugung irgendeinen engeren Zusammenschluß ihrer technisch auf der Höhe stehenden Betriebe.

Warenmärkte.

Berliner Produktenbörse.

tu, Berlin, 3. Sept. (Tel.) Nachdem noch gestern nachmittag ziemlich feste Haltung vorherrschte, entwickelte sich heute in mäßig tendenz. Für Roggen bleiben die Preise viel zu hoch, so daß die Käufer vorsichtiger sind und schwächere Notierungen sich herausbilden. Auch Weizen im Preise gleichfalls nachgebend. Gerste bleibt in mittleren und geringeren Sorten reichlich angeboten. Für gutes Material war die Haltung eher etwas fester. Hafer vom Inlande wenig offeriert, in geringeren amerikanischen Sorten vermehrt nach den Provinzen gehandelt. Mehl hatte gestern nachmittag und heute noch größeres Geschäft, mit tags wurden die Käufer aber vorsichtiger, da die Forderungen wenig verändert blieben. Futterartikel ruhig.

tu, Berlin, 3. Sept. (Tel.) Weizen, Markt 217-223 matt; Sept. 236; Okt. 245; Dez. 252; Roggen, Markt 166-174 matt; Sept. 184-188; Okt. 193-192-192,5; Dez. 196-196; Sommergerste 220-250; Futtergerste 180-185; Hafer, Markt 177 bis 185; Weizen, Markt 171; Okt. 179; Dez. 189; Mais, loco Berlin 214-218 still; Weizenmehl 81½-84½ matt; Roggenmehl 24,5-28,5 matt; Weizenkleie 12,40-12,50 still; Roggenkleie 11,50-12 flau; Raps 855-880 stetig; Wirtzlaeröl 25 bis 31; Futteröl 21-23; Widen 28-29; Lupinen, blaue 18-14,50; Rapskuchen 16,10-16,30; Leinöl 22,60-22,80; Trolenöl 12; Sojabohnen 21-21,20; Torfmehl 8,80; Kartoffelflocken 18,20-18,50.

Dortmunder Getreidemarkt.

h. Dortmund, 3. Sept. (Eig. Draht.) Preis per 100 Kilo, waggontfrei Dortmund, in Ladungen zu 10-15 000 Kilo. Hauf, Futter per 300 Kilo. Weizen 23,5-24; Inl. Roggen 19; Weizen 19,5-20; offiziel, pomm. und mecklenb. Hafer 21,5-22,5; Inl. Gerste 22,25-22,75; ausl. Weizen 30-32; ausl. Roggen 21-23; ausl. Hafer 20-22; ausl. Gerste 21-22,5; La Plata-Mais 21,5-22; Cinquecentina 24-25; Weizenkleie 12-14; Weizenmehl 33-34,5; Roggenmehl 29-29,5; Weizenkleie 12-14; Inl. Rheinh. Roggen- und Weizenstroh 1,8-2,2 waggontfrei hief. Stat.; Weizen, gut, gel., tr. 3,5-4 waggontfrei off-welt. Stat.; Rhein. oder Eisenerz-Luxemburg, gut, gel., tr. 4,5-5 waggontfrei hief. Stat.